



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 38.

Berlin, den 16. Dezember 1917.

12. Jahrgang.

Reaktionäre Einheitsfront gegen Demokratie und Frieden.

Berlin, den 11. Dezember 1917.

Zusammenhänge.

Die erste Lesung der preussischen Wahlrechtsvorlagen im Abgeordnetenhaus geht zu Ende. Drei Minister haben als getreue Diener ihres Herrn zur Empfehlung des Regierungsentwurfes ihr Sprüchlein hergesagt. Weber Graf Hertling noch der Staatsminister Dr. Friedberg, noch schließlich auch der neue Minister des Innern, Herr Drews, haben dabei etwas von leidenschaftlicher Energie für ein ehrlich demokratisches Wahlrecht spüren lassen. „Wir haben den Auftrag, das jetzt fein säuberlich in Paragraphen gefaßte Königsversprechen dem „hohen Hause“ vorzulegen, wir empfehlen es aus wohlwollenden Gründen pflichtgemäß zur Annahme, im übrigen mag der Landtag darüber befinden, wie er es für gut hält.“ Das war der kurze Sinn der drei langen Ministerreden; höchstens daß Herr Drews ein paar wärmere Töne fand und sein persönliches Ministerschicksal mit dem Schicksal der Regierungsvorlagen verknüpft hat. Entscheidet sich die reaktionäre Mehrheit des Abgeordnetenhauses für ein berufsständiges oder Pluralwahlrecht, dann wird wohl Herr Drews mit dem gleichen Wahlrecht in die Versenkung verschwinden müssen.

Die Parteien haben in erster Instanz ihr Urteil über die Regierungsvorlage abgegeben. In innerem Zusammenhange steht dieses Urteil mit dem derzeitigen Stande der gesamten weltpolitischen Ereignisse. Die letzten deutschen Waffen-erfolge in Italien, das als deutscher Triumph bewertete Waffenstillstandsangebot Rußlands und die dadurch bewirkte Aenderung der strategisch-politischen Lage an der Westfront haben den Ramm der offenen Wahlrechtsfeinde ebenso schwellen lassen, wie sie die Hinterhältigkeit der verheßten Wahlrechtsgegner bössartiger und hartnäckiger gemacht haben. Die Arbeiter müssen in dieser sturmbelegten Zeit mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Kampf um ein freies Wahlrecht in Preußen nicht bloß ein bloßes parlamentarisches Rede- und Ränkespiel im Hause der „Volksvertretung“ in der Prinz-Albrecht-Strasse, nicht eine sorgsam ausgeklügelte Schachpartie zwischen Wahlrechtsgegnern und Wahlrechtsfreunden um rein preussische Angelegenheiten ist, die schließlich von einer durch arithmetische Kunststücke zustande gebrachten Mehrheit nach der einen oder der anderen Seite entschieden wird, sondern daß in diesem Kampfe Klasseninstinkte und Klasseninteressen um die Herrschaft ringen. Es ist ein Klassenkampf, der seine Kreise über das Abgeordnetenhaus hinaus in den Reichstag zieht, der ausschlaggebend ist für die brennendsten Kriegs- und Friedensfragen und von dessen Ausgang die Neugestaltung der Dinge nach Friedensschluß abhängt. Je klarer diese Zusammenhänge erkannt werden, je entschiedener dieser Klassenkampf geführt wird, desto eher werden wir aus den Nöten dieser Zeit mit all ihren Halbheiten und Zweideutigkeiten, ihre launenhafte Anpassung an jeweilige Kriegssituationen, ihrer Unterordnung elementarer Naturnotwendigkeiten unter einseitig militärische Ziele herauskommen. Anbahnung und Dauer des Friedens, wirtschaftliche und soziale Gesundung, demokratische Bewegungsfreiheit — all das ist auf das engste verknüpft mit dem Schicksal des freien Wahlrechts in Preußen.

Die Redner der einzelnen Parteien im Abgeordnetenhaus haben bewußt oder unbewußt diese Zusammenhänge aufgedeckt müssen. Am schärfsten und klarsten haben das neben dem Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie, dem Genossen Ströbel, die beiden Redner der Konservativen, Herr v. Heydebrand und Herr von der Osten, Land-

rat des Kreises Königsberg in der Neumark, getan. Mit brutaler Offenheit haben sie kundgetan, daß sie einen Kampf auf Tod und Leben gegen die Demokratie führen wollen. Wir bestimmen den Zeitpunkt für Reformen in Preußen, dekretierte Herr von der Osten. Wie das die Herren angesichts der Osterbotschaft und der königlichen Willenskundgebung vom 11. Juli mit ihrem monarchischen Gewissen vereinbaren, ist eine Frage, die uns Sozialdemokraten wenig Kopfzerbrechen zu machen braucht. Wir überlassen das dem Regierungssozialismus, dem die Sorge um das Wohlergehen der preussisch-deutschen Monarchie schon so manches herzbewegliche Wort abgepreßt hat. Wir wissen, daß das Klasseninteresse der konservativen Reaktion trotz mancher episodischen Unzufriedenheit mit einzelnen Handlungen irgend eines Monarchen zu fest im monarchischen System verankert ist, — und umgekehrt! Wer sich im Kampfe um die Demokratie auf die rückhaltlose und dauernde Unterstützung der Monarchie verläßt, der wird sehr bald verlassen sein. Die Regierungsvorlagen mit ihren, wie Herr Theodor Wolff es nennt, „Hinterhältigkeiten“ in bezug auf Aufenthaltsbeschränkung, Ausbau des Herrenhauses und Budgetvollmacht der Regierung beweisen an sich schon, wie kritisch solche monarchischen Geschenke bewertet werden müssen. Aber die Konservativen kämpfen jetzt nicht bloß um die Zahl ihrer Mandate im Abgeordnetenhaus, es geht jetzt für sie um die wirtschaftliche und politische Machtstellung der Klasse, deren politische Wortführer sie sind. Die Vorgänge in Rußland zaubern ein drohendes Moneteckel vor ihre geistigen Augen, ihr durch keinerlei ideale Sentimentalitäten angekränkelter Klasseninstinkt zwingt sie zur Abwehr gegen die Paragrafen einer Vorlage, mit der dem Teufel Plebs ein kleiner Finger gereicht werden soll, von der sie aber befürchten, daß besagter Teufel bald den ganzen Arm und noch einiges mehr packen wird. Gewiß haben die Konservativen keinen Rückhalt im Volke; die Massen, auf die sie zählen können, sind Landproletariat, die bei den „gnädigen Herrn“ in Lohn und Brot stehen, aber ihre wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Macht ist doch nicht gering einzuschätzen. Ihr Geist herrscht im Herrenhaus, das einer wirklich im Abgeordnetenhaus zustande gekommenen Wahlreform noch das Genick abbrechen kann. Ihr Einfluß geht über die Vorder- und Hintertreppen der königlichen Schlösser. Fleisch von ihrem Fleische sitzt in den meisten, ausschlaggebenden Verwaltungssämtern — es ist ja so überaus bezeichnend, daß wahlrechtsfeindliche Minister a. D., wie die Herren Loebell und v. Schorlemer, allergnädigst zu Satrapen politisch bedeutsamer Provinzen ernannt worden sind. Konservative Interessen, konservative Weltanschauung, konservative verwandtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen dominieren in den höheren und höchsten Regionen der Militärhierarchy. Und die groß- und kleinbürgerliche Rotüre, deren blöde politischen Augen diese Zusammenhänge nicht sehen, läßt sich durch den Glanz irgend eines ruhmvollen Namens blenden und letzten Endes für konservative Klasseninteressen einspannen, wenn sie zum Teil auch das Mitgliedsbuch irgend einer anderen Partei in der Tasche hat. Darum konnten die Heydebrand und von der Osten so aufstrumpfen; es ist ganz irreführend, wenn man ihre Reden als belanglosen Theaterdonner hinstellen will. Sie wußten ganz genau, warum sie in einem Atem neben der Absage an ein freies Preußenwahlrecht für einen Frieden der gepanzerten Faust, für Annexionen, für kraftvolle Fortsetzung des Krieges eintraten,

warum sie ein hohes Lied auf Standesvorrechte, auf das gegenwärtige Steuerunrecht, auf den alten Modergeist in Kirche und Schule anstimmten. Es war ein Mobilmachungsruf an die bewußt-reaktionäre Kerntruppe und an die unbewußt-reaktionären Hilfsvölker, und der Ruf ist nicht vergebens erschallt: Das Lebenslicht der Wahlrechtsvorlage flackert nach der ersten Lesung nur als ein armliger Funken.

Das Zentrum hat im Abgeordnetenhaus erklärt, daß nur ein Teil der Fraktion für das freie Wahlrecht zu haben sei. Nach altbewährter Methode stets zwei Eisen im Feuer. Sie versteht es immer, den hinter ihr stehenden Massen demokratische Inbrunst vorzutauschen, gleichzeitig aber den reaktionären Wünschen seiner besitzenden Schichten Rechnung zu tragen. Und als Meister im parlamentarischen Ränkespiel weiß das Zentrum die Fäden im entscheidenden Momente so zu ziehen, daß sein reaktionärer Grundcharakter doch erhalten bleibt. Und so wird auch hier der Geist des letzten bischöflichen Hirtenbriefes triumphieren, der auf die Konservativen wie ein Freundesgruß einer wahlverwandten Seele gewirkt haben muß. Daß der neue Reichslanzler Graf Hertling seiner zentrümlichen Blutbrüderschaft und dem reaktionären Chorus der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe näher steht als den Parteien, die den Kampf für ehrliche Demokratie führen wollen, sollte jedem Kinde klar sein. Das politische Glaubensbekenntnis des Landtagszentrums ist aber in allen Grundlagen dasselbe wie das des Reichstagszentrums, zum Teil sind es sogar dieselben Männer, die in der Prinz-Albrecht-Strasse und am Königsplatz Zentrumspolitik treiben. Im Landtag sekundiert das Zentrum die konservative Sauhaß auf das freie Wahlrecht durch das heimtückische Legen von Schlingen, um das edle Wild zu Fall zu bringen; sein angebliches Eintreten für Demokratie und Frieden im Reichstage richtet sich damit von selbst. In treuer Bundesbrüderschaft mit diesem hinterhältigen Zentrum steht im Reichstage — der Regierungssozialismus!

Wie das Zentrum, so haben sich auch die Nationalliberalen zu Handlangern der konservativen Klasseninteressen gemacht, indem sie die Klasseninteressen der industriellen Bourgeoisie und die Ideologie der nationalliberalen Intelligenz in vielen Dingen mit den konservativen Interessen und Anschauungen zusammenfallen. Um das Gesicht zu wahren, haben die Nationalliberalen im Landtage allerlei schöne Redensarten über das gleiche Wahlrecht gemacht, um dann frank herauszusagen, daß sie es nicht haben wollen. Im Reichstage aber zielt diese Partei ebenfalls den Demokratisierungsbloed und auch mit ihr steht auf Du und Du — der Regierungssozialismus.

Der Fortschritt hat sich mit leidlicher Offenheit für die Regierungsvorlagen erklärt. Aber er will beileibe nichts wissen von einem Frauenwahlrecht und von einer Demokratisierung des Gemeinewahlrechts. Und er wird auch im übrigen mit sich handeln lassen.

Offen oder versteckt kommen im ersten Akt der Wahlrechts-Tragikomödie die Klasseninteressen der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck. Wäre es da nicht an der Zeit, wenn die Arbeiterklasse dem konservativen Beispiele folgte und klar und entschieden und energisch ihre Klasseninteressen in die Waagschale würfe, den kläglichen Diplomatenkünsten gewisser Arbeitervertreter ein Ende machte und der reaktionären Einheitsfront eine ebenso geschlossene demokratische Massenfront entgegenstellte?

Unter der Diktatur des Proletariats.

Es kann der Arbeiterschaft nicht eindringlich genug zum Bewußtsein gebracht werden, daß sich seit Anfang November in Rußland Ereignisse abspielen, die, wie auch immer ihr Ausgang sei, in der Geschichte des Sozialismus eine ungeheuer weittragende Bedeutung haben. Denn sie üben den stärksten Einfluß aus auf die Beendigung des großen Weltwürgens, sie werden den Friedensverhandlungen ihren Stempel aufdrücken und auf die Neugestaltung der ökonomischen und politischen Beziehungen der Länder und Völker einwirken. Sie werden vor allem dem internationalen Proletariat in seinem Ringen gegen die imperialistischen und reaktionären Mächte ein hochragendes Beispiel und eine lebendige Lehre sein. Was den Arbeitern so oft in Versammlungen und Schriften theoretisch als Ziel des proletarischen Kampfes vorgetragen ist, was vielen in nebelgrauer Zukunft zu liegen schien: In Rußland ist es seit fünf Wochen Wirklichkeit — das sozialistische Proletariat hat die politische Macht erobert, hat die Regierungsgewalt in den Händen und geht zur Verwirklichung aller großen sozialistischen und demokratischen Ziele über. Verglichen mit dem, was die russischen revolutionären Sozialisten jetzt unternehmen, ist die Pariser Kommune von 1870 eine kleine romantische Episode.

Die wichtigste und brennendste Aufgabe der proletarischen Regierung Rußlands ist die **Annahme eines allgemeinen demokratischen Friedens**. Hier hat sie zunächst nur Waffenstillstandsverhandlungen mit den Mittelmächten erreichen können. Die leitenden Männer der russischen Regierung sind sich über die realen Gründe des Entgegenkommens der Mittelmächte völlig klar. Sie wissen, daß es diesen in erster Linie auf die Vorteile ankommt, die ihnen ein Waffenstillstand an der Ostfront für die militärische Gesamtlage bietet. — Die Bolschewiki machen kein Hehl daraus, daß sie keine sanften Friedensschwärmer sind, und daß sie gegen alle Versuche, die auf eine Demütigung und Schwächung des russischen Volkes hinauslaufen und damit zu einem Gewaltfrieden und zu einer Lähmung des internationalen Proletariats führen würden, die Kräfte des revolutionären Volkskrieges entfesseln würden. Die Nachricht, daß die Bolschewiki-Regierung die demobilisierten Truppen mit den Waffen in die Heimat entlassen werde, hat sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich, denn diese Regierung ist keine Anhängerin der verschwommenen Abrüstungstheorie, sondern sie weiß, daß die allgemeine Volksbewaffnung zurzeit noch das einzige Mittel gegen innere und äußere Feinde ist.

Neben der Friedensarbeit ist die Schaffung geordneter Zustände im Innern Rußlands die Hauptaufgabe der Bolschewiki-Regierung. Hier gilt es, aus einem Chaos ein neues Staatsgebäude zu bauen. Die zaristische Mikrowirtschaft, die vier Kriegsjahre, der offene und versteckte Bürgerkrieg haben Zustände geschaffen, denen mit übermenschlicher Energie zu Leibe gegangen werden muß. Daß da die revolutionäre Regierung nicht mit Samthandschuhen anfassen kann, ist nur zu begreiflich. Aber die internationale Bourgeoisie, die die Bolschewiki als eine Bande von Anarchisten und Verbrechern hinstellt (wenn darin die Presse der Mittelmächte zurzeit damit etwas zurückhaltender ist, so hat das seine guten diplomatischen Gründe), hat wahrlich keine Ursache, sich über die rauhen Begleitererscheinungen der Revolution moralisch zu entrüsten. Kriege und Revolutionen werden nun einmal nicht mit Rosenwasser gemacht. Aber wer jahrelang die Vernichtung und Brutalität des Krieges als einen Teil der gottgewollten Weltordnung in den Kauf nimmt, hat kein Recht mehr, sich über die Härten einer revolutionären Erhebung aufzuregen. Aber es zeigt sich jetzt, daß gerade die Diktatur des Proletariats fertig gebracht hat, was weder den zaristischen, noch den provisorischen Regierungen Kerenskis gelungen ist: sie hat der russischen Anarchie und dem Verbrechertum Einhalt getan. Die „Bolschische Zeitung“, der man wahrhaftig keine tieferen Sympathien für die proletarischen Feinde des geheiligten Eigentums nachjagen kann, veröffentlicht Stimmungsbilder aus der Feder eines Mannes, der die Bolschewiki-Regierung in Petersburg am Werke gesehen hat. Man liest da u. a.:

„An Stelle des vom Straßenbilde verschwundenen ehemaligen „Gorodowoj“ (Schuhmann) durchsichtigen Hintenbewaffnete Rotgardisten (d. h. bewaffnete Arbeiter) im freiwilligen Schutze die gefährdeten Gegenden mit dem Rechte und der Pflicht sofortigen Strafvollzuges durch „Pulver und Blut“ gegen den

Rebelle. Das drakonisch geübte Selbstgericht hat die alles zerschende Anarchie wie mit Zauber Schlag überwunden. Gewiß! Das Programm der Maximalkisten fordert: Aufteilung von Grund und Boden, Verstaatlichung der Privatbanken, wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Reichtum und Elend, doch nicht durch Gewalt verbrecherischer Horden. Vielmehr durch streng gehandhabte Ordnung. Ob und bis zu welcher Folge die bolschewistische Formel praktische Gestalt gewinnen wird, bleibt zunächst den Bestimmungen der gesetzgeberischen „Konstituante“ vorbehalten. Bis dahin kann aber jedermann, Groß- und Kleinbesitzer, ruhig schlafen. Ihm wird kein Haar gekrümmt, keine Kravatte geraubt.“

Ebenso energisch traf die Bolschewiki-Regierung ihre militärischen Maßnahmen, um den inneren Krieg erfolgreich durchzuführen. Sie fand dabei tatkräftige Unterstützung bei den revolutionären Truppen, wie ja überhaupt die Revolution steht oder fällt, solange sie über reale Machtmittel, in diesem Falle über die Mehrheit des Volksheeres verfügt. Es hat sich gezeigt, daß die revolutionären Truppen, die an der Front keinen Schuß mehr abgeben wollten, tapfer und energisch gegen die inneren Feinde losgegangen sind und sowohl Kerenski zur Flucht getrieben wie

An unsere Postabonnenten!

Uns gehen vielfach Beschwerden zu darüber, daß manche Postanstalten die Besteller des Mitteilungsblattes mit der Begründung abweisen, das Mitteilungsblatt stände nicht in der Postzeitungsliste.

Wir machen darauf aufmerksam, daß unser Blatt in der 13. Nachtragsliste auf Seite 11 verzeichnet ist und wir bitten in geeigneten Fällen darauf hinzuweisen.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß wir für die im Felde stehenden Genossen ein **Feldpostabonnement**

eingerrichtet haben zum Vierteljahrspreis von 1,30 Mk. Bestellungen werden von dem Verlag des Mitteilungsblattes, Schicklerstraße 5, angenommen und von hier aus erledigt.

Verlag und Redaktion des Mitteilungsblattes.

den Kosakengeneral Kaledin lahm gelegt haben. Ein Umstand, der denen zu denken geben sollte, die da meinen, die ganze russische Armee sei eine Horde zuchtloser, kriegsmüder Feiglinge, der man bei Friedensverhandlungen alles bieten könne. Es war nun auch nicht mehr ein zaristischer General, dem die revolutionäre Regierung das Kommando über die Truppen anvertraute, wie es Kerenski getan hatte, sondern ein jüngerer revolutionärer Offizier, der Oberst Murawjew, der die militärische Organisation Petersburgs durchführte und den Truppen Kerenskis bei Jaroslawo Selo eine Niederlage beibrachte.

Die Uebernahme der Regierungsgewalt durch die Bolschewiki hatte einen Generalstreik der ganzen alten Staatsbürokratie zur Folge, die die Staatsmaschine durch ihren Boykott zum Stillstand zu bringen versuchte. Alle Ministerien wurden auf einmal von sämtlichen hohen und niederen Beamten verlassen, wobei auch die, die mit den Bolschewiki sympathisierten, von den höheren Beamten terrorisiert wurden. Nach dem „Boten der russischen Revolution“ griff auch hier das Volkskommisariat (das ist der offizielle Titel der Bolschewiki-Regierung) energisch zu. Die einzelnen Minister forderten die Beamten ihrer Ministerien auf, an einem bestimmten Tage die Arbeit wieder aufzunehmen. Taten sie das nicht, wurden sie als entlassen betrachtet. Gleichzeitig wandte sich die Regierung an die Gewerkschaften der Handels- und Industrie-Angestellten mit der Aufforderung, Hilfskräfte von allen Spezialisten, wie Buchführer, Bankangestellte, Kontoristen, Monteure usw. zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck wurden sofort Anmeldebüros in den Lokalen der Gewerkschaften eröffnet.

Neben dem Boykott der Staatsbürokratie drohte die Gefahr eines Boykotts der Bourgeoisie auf dem Gebiete des Handels und der Industrie. Um dem vorzubeugen, beschloß der Verband der Handelsangestellten, sich jedem Versuche eines böswilligen Schlusses der Geschäfte zu widersetzen und, wo nötig, den Handel auch wider den Willen der Kaufleute fortzusetzen.

Gegen einen Boykott der Banken richtete die Regierung einen Erlaß, daß vom 13. November ab alle Banken von 12 bis 2 Uhr geöffnet sein müssen, sonst werden die Direktoren verhaftet.

Besonders peinlich und schwierig war die Aufgabe der Bolschewiki, sich mit den sozialistischen Gegnern, den gemäßigten Menschewiki, Sozialisten-Revolutionären usw. auseinanderzusetzen, die den Gedanken eines Zusammengehens mit dem Bürgertum nicht aufgeben wollten. Die Presse dieser Sozialisten und natürlich erst recht die des Bürgertums, griff die Bolschewiki in der gehässigsten Weise an und suchte sie bei den Massen in Mißkredit zu bringen. Die Regierung stand vor der Frage, entweder auf Grund der sozialdemokratischen Programmforderung, die Pressefreiheit zu bewahren oder den Gegnern der proletarischen Diktatur diese Waffe in der Hand zu lassen. Die Bolschewiki-Regierung unterdrückte vorläufig alle die Zeitungen, die offen zur tätigen Belämpfung der revolutionären Regierungsgewalt aufforderten. Betroffen wurden fast alle bürgerlichen Zeitungen und einige sozialpatriotische Blätter. Frei blieben aber fast alle Zeitungen der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre, die auch jetzt noch ihre grundsätzliche Gegnerchaft gegen die Anschauungen der Bolschewiki zum Ausdruck bringen können.

Um den Forderungen der Bauernmasse gerecht zu werden, erließ die Regierung ein Dekret, das grundsätzlich die Uebergabe des ganzen staatlichen, kirchlichen und privaten Grund und Bodens an die Bauernkomitees zusagt; die endgültige rechtliche Regelung bleibt aber der konstituierenden Versammlung vorbehalten.

In bezug auf Arbeiterfragen verfügte die Regierung den Achtstundentag und eine Anzahl sozialpolitischer Schutz- und Versicherungsmaßnahmen. Außerdem werden umfassende Maßnahmen zum Ausbau und zur Demokratisierung des Schulwesens getroffen.

So äußert sich die Diktatur des russischen Proletariats unter der Führung der Bolschewiki, denen sich erfreulicherweise in letzter Zeit die revolutionären (internationalen) Gruppen der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre angeschlossen haben (auch Maxim Gorki mit seinem Blatte „Nowaja Schisn“ steht jetzt wieder auf ihrer Seite), trotz unsäglich Schwierigkeiten und Hindernisse in überaus tatkräftigen und realen Formen. Die proletarische Regierung sucht jetzt die zweite und wichtigste Aufgabe jeder Revolution nach Kräften zu erfüllen, die Aufgabe, die viele revolutionäre Hitzköpfe in ihrer leidenschaftlichen Erbitterung gegen den alten Zwang und Druck nur zu leicht übersehen, — aus den Trümmern der in revolutionärem Drange niedergeworfenen alten Staats- und Wirtschaftsverhältnisse neue wirtschaftlich produktive und politisch und sozial gerechte Zustände zu schaffen. Die soziale Revolution will und kann kein Schlaraffenleben bringen, am wenigsten nach den Verwüstungen eines Weltkrieges, aber sie kann die Arbeit, die auch in der idealsten sozialen Republik das Herz jeden Kulturlebens sein wird, frei machen von aller Entrechtung und Ausbeutung, sie kann bewirken, daß die Arbeit aller auch allen zugute kommt. Das russische Proletariat macht in dieser Richtung die ersten, kühnen Schritte, seine Regierung geht jetzt an den sofortigen Aufbau der Grundlagen einer echt demokratischen Umbildung aller gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse und Einrichtungen. Diese Regierung schwebt nicht als höhere Macht, als von Gott eingesezte Obrigkeit über den Massen, sondern Massen und Regierung stehen hier in engster Verbindung miteinander.

Kein Mensch kann heute voraussagen, ob die Diktatur des russischen Proletariats ihre hochgesteckten Ziele erreichen kann. Kann die Bolschewiki-Regierung die großen Massen dauernd für die nationale Sache — in Rußland ist jetzt national gleichbedeutend mit revolutionär — dauernd begeistern, kann sie den Massen den Glauben an die eigene Kraft erhalten und ihre schaffende Tatkraft auf das höchste anspannen, dann ist der Sieg der sozialen Revolution gesichert.

Wochenschau.

Son 4. bis 11. Dezember 1917.

Kriegsergebnisse: An der Westfront sind die Gelandegewinne der Engländer bei Cambrai zum größten Teil durch deutsche Angriffe zunichte gemacht worden. Im übrigen hat die ewige Artillerieschlacht in allen Frontabschnitten ihren Fortgang genommen.

— An der Ostfront haben die Verhandlungen zunächst zu einer kurzen Waffenruhe geführt, die zu einer Verständigung über einen langfristigen Waffenstillstand und zur Einleitung von allgemeinen Friedensverhandlungen führen soll. Die Waffenruhe gilt auch für die rumänischen Truppen an der Südost-Front. — Auf dem italienischen Kriegsschauplatz haben die Oesterreicher einen größeren Erfolg im Gebiete der sieben Gemeinden (Süd-Tirol) davongetragen. — Ein Luftangriff deutscher Flugzeuggeschwader ist in der vergangenen Woche wieder auf London gemacht worden. — Zum Jahrestage des deutschen Friedensangebotes vom 12. Dezember teilte das Wolffs-Telegraphenbureau amtlich mit, daß im U-Bootkriege ein reichliches Viertel der gesamten Welttonnage versenkt worden sei, — von rein militärischem und marineteknischem Standpunkte aus eine gewiß grandiose Leistung, von volkswirtschaftlichem und kulturellem Standpunkte aus aber kein Anlaß zum Jubel, denn alle Völker werden diese Klaffende, der Weltwirtschaft zugefügte Wunde nach dem Kriege noch lange zu spüren haben und zwar um so schmerzlicher, je länger der Krieg dauert.

Ausland: In der ungarischen Delegation hat der Minister des Auswärtigen für Oesterreich-Ungarn, Graf Czernin, einige Friedensreden gehalten, die im Grunde die üblichen platonischen Friedensabsichten der zünftigen Diplomatie aussprechen. Wie aus allen Ministerreden können auch hier Friedensfreunde und Friedensgegner herauslesen, was ihnen paßt. Bismarck ungewöhnlich sprach sich Graf Czernin für die Obervormundschaft Oesterreichs über Polen aus. Auch stellte er österreichische Waffenhilfe für die deutsche Westfront in Aussicht, allerdings nicht für deutsche Eroberungen, aber da die Regierungen der Mittelmächte immer mit dem Kaufschuldbegriff „Sicherungen“ arbeiten, weiß die Welt bis heute noch nicht, wo die Sicherung aufhört und die Eroberung anfängt. Ihre besondere Färbung erhielten die Czerninschen Friedensreden durch das in ihnen enthaltene reiche Maß von Drohungen an die Adresse der Westmächte, Wilsons und Italiens; letzterem wurde bei weiterem Widerstand ein „schlechter Friede“ in Aussicht gestellt. Wenn die in der regierungssozialistischen Presse so herausgestrichene Friedensrede des Grafen Czernin etwas bewiesen hat, so ist es die Unfähigkeit der Regierungsdiplomatie, einen baldigen und demokratischen Frieden anzubahnen. In der ungarischen Delegation hielt der frühere ungarische Ministerpräsident, Graf Tisza, es für angebracht, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker vom Leder zu ziehen.

In Paris hat eine Konferenz der Ententeregierungen stattgefunden, über deren Ergebnis nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, die aber nicht der Beendigung, sondern der energischen Fortsetzung des Krieges dienen sollte. Neben einem gemeinsamen Generalstab ist auch ein internationaler oberster Marine-Ausschuß geschaffen worden, um eine Einheit des Handelns zu erreichen. Clemenceau hat in der Konferenz eine kriegerische Gehrede gehalten.

In Frankreich selbst beharren die Sozialisten in ihrer Gegnerschaft gegen Clemenceau. Wie gemeldet wurde, hat der Sozialist Routet eine Interpellation eingebracht, in der die Preisgabe der alten Geheimverträge und die Anerkennung der Bolschewiki-Regierung verlangt wird. Der Zimmerwalder Briffon hat eine Interpellation über Streiks und Gewaltmaßnahmen der Regierung eingebracht, aus der hervorgeht, daß es in der französischen Arbeiterschaft bedenklich gärt.

Während im preussischen Abgeordnetenhaus alle ganz- und halbreaktionären Parteien darauf ausgehen, dem freien Wahlrecht einen Damm entgegenzubauen, und die Regierung mit kühler Teilnahmslosigkeit dem Treiben zusieht, hat in England das Unterhaus die Wahlrechtsvorlage angenommen, die den Männern von 21 Jahren (Kriegsteilnehmern sogar von 19 Jahren an) und den Frauen von 30 Jahren an das Wahlrecht zugesteht. Rund 2 Millionen Männer und 6 Millionen Frauen haben dadurch eine Erweiterung ihrer staatsbürgerlichen Rechte erlangt. Jetzt können die J. R., die Mensch e tutti quanti der deutschen Arbeiterschaft wieder vor-schwindeln, daß das korrupte England viel weniger demokratisch ist als der ideale Kulturstaat Preußen-Deutschland. — Es scheint, als ob die Zahl der friedlichen Imperialisten, die dem vielgenannten Brief des Lord Lansdown über einen Verständigungsfrieden zustimmen, im konservativen und liberalen Lager nicht unbeträchtlich ist. Es wird jetzt sehr viel von dem Verhalten der Mittelmächte bei den Verhandlungen mit Rußland abhängen, ob diese Friedensströmung, der wir natürlich vom proletarisch-

demokratischen Standpunkte aus sehr kritisch gegenüberstehen, nicht wieder in das Bett des rabiat kriegerischen Imperialismus herübergeleitet wird. Auch die englische Arbeiterpartei bekennt sich jetzt mit größerer Entschiedenheit zu dem Gedanken eines Verständigungsfriedens.

In Portugal hat eine Revolution stattgefunden, deren Ursachen in der Kriegsnot und Kriegsmüdigkeit des Volkes zu suchen ist. Nach erbitterten Straßenkämpfen in Lissabon und Oporto wurde die bisherige Regierung gestürzt, der Präsident verhaftet, das Parlament aufgelöst. Die neue Regierung, die auch wieder aus bürgerlichen Elementen zusammengesetzt ist, will angeblich am Bündnis mit England festhalten und weiter am Kriege teilnehmen; damit würde das Land auch unter der neuen Regierung nicht zur Ruhe kommen. Die kleine sozialistische Partei Portugals scheint eine energische kriegsfeindliche Propaganda zu entfalten.

Die Regierung Bulgariens hat zwar ihre Bereitschaft zu einem Waffenstillstand mit Rußland und zu Friedensverhandlungen erklärt, aber hat auch gleichzeitig die von ihr immer ausgesprochenen Annexionsabsichten erneut mit besonderem Nachdruck betont; sie will unter allen Umständen Mazedonien, das Morawaland und die Dobrudscha als Kriegsbeute haben. — Wie uns aus Sofia berichtet wurde, hat am 2. Dezember die radikal „engherzige“ sozialdemokratische Partei Bulgariens eine Friedensdemonstration veranstaltet. Die Redner auf diesem von 10 000 Menschen besuchten Meeting sprachen die volle Übereinstimmung der bulgarischen Sozialdemokratie mit der russischen Revolution aus. In bezug auf Mazedonien wurde gesagt: „Seit 40 Jahren hat die Bourgeoisie der Balkanstaaten die „Befreiung der Mazedonier“ angestrebt. Diese Art von Befreiung aber hat dem mazedonischen Volke in vier Kriegen ungeheuer viel Blut gekostet; die armen Mazedonier sind jetzt in einem Zustande völliger Verelendung und sind zum Teil durch die „Befreiung“ von Haus und Herd vertrieben worden. Sie verzichten daher auf diese „Befreiung“. Der Balkan darf nicht der Tummelplatz dynastischer Interessen bleiben, die einzige Lösung der Balkanfrage heißt: „Die föderative Balkanrepublik“. Die Mazedonier sollen in freier Abstimmung selbst bestimmen, ob sie der einen oder der anderen Krone dienen, oder ob sie ein Bestandteil der großen republikanischen Balkanunion sein wollen.“

Aus Mitteilungen aus Rußland geht hervor, daß die Bolschewiki-Regierung die Frist der Waffenruhe benutzte, um die Ententeregierungen nochmals nachdrücklich zur Teilnahme am Waffenstillstand und an Verhandlungen aufzufordern. Weiter ist festzustellen, daß die Verhandlungen auf russischer Seite nur unter dem Gesichtspunkt eines allgemeinen Friedens geführt werden. Würden die Vertreter der Mittelmächte diesen Gesichtspunkt außer Acht lassen und der Bolschewiki-Regierung unmögliche Forderungen stellen, so hätten die Ententeregierungen einen erwünschten Anlaß, ihre Kriegswut vor ihren Vätern zu rechtfertigen. Damit würde aber mitten im vierten Kriegswinter die Gefahr eines fünften Kriegswinters heraufbeschworen werden.

— Ein furchtbarer Schreck mag in die Glieder der Kapitalisten und Rentner Frankreichs, Englands und Amerikas gefahren sein, als Reuter die Nachricht in die Welt setzte, die Bolschewiki-Regierung habe die ausländischen Staatsschulden der früheren Regierungen nicht anerkannt und die Binszahlung eingestellt. In Wirklichkeit hatte die Regierung diesen Schritt nicht, oder noch nicht, getan, nur in dem Zentralorgan der Bolschewiki, der „Prawda“, war dieser Gedanke, wahrscheinlich als Drohung gegen die feindseligen Ententeregierungen, ausführlich erörtert worden. Die „Prawda“ schrieb u. a., das russische Volk sei nicht verpflichtet, jährlich rund eine Milliarde Rubel als Tribut dafür zu zahlen, daß es in den Krieg des internationalen Kapitals hineingezogen sei. Man brauche nicht weiter Zinsen zu zahlen für dieses Vergnügen. Es sei genug bezahlt mit Blut und Gesundheit auf dem Schlachtfelde und mit den Geldern, die vor dem Kriege an Zinsen und Amortisation bezahlt worden seien. — Wahrscheinlich wird diese Frage von der konstituierenden Versammlung zur Entscheidung gebracht werden. — Trotz des wütendsten Hasses der Ententeregierungen auf die Bolschewiki magt man doch nicht, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland glatt und formell abzubrechen. Trotz hat aber schon Gelegenheit genommen, gewissen Intriguen diplomatischer und militärischer Entente-Vertreter entgegenzutreten. Mit England hat er einen besonderen Konflikt, weil dort einige Bolschewiki verhaftet worden sind. Er hat einen der Verhafteten, Tschitscherin,

an Stelle des abgesetzten russischen Botschafters in London zum Vertreter Rußlands ernannt und Vergeltungsmaßnahmen angedroht. Näheres über den Ausgang dieses Konfliktes ist noch nicht bekannt geworden. — Nach zurzeit noch nicht befähigten Meldungen ist Finnland zur unabhängigen Republik auf internationaler Grundlage erklärt worden, also losgelöst von jeder staatlichen Gemeinschaft mit Rußland. Die Ukraine dagegen will im Rahmen einer großrussischen Bundesrepublik ihre Selbständigkeit durchführen. Auch im Kaukasus sind ähnliche Selbstständigkeitsbestrebungen im Gange.

Die deutsche Öffentlichkeit hat nur bruchstückweise und zusammenhanglos durch Wolffs Telegraphenbureau Kenntnis von einer Rede erhalten, die Wilson im nordamerikanischen Kongress gehalten hat. Die Rede sollte natürlich den Kriegswillen der Amerikaner aufpeitschen, läßt aber aus einigen Stellen darauf schließen, daß auch in Amerika starke kriegsfeindliche Kräfte am Werke sind. Wilson wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die derzeit in Deutschland herrschenden Gewalten und verlangte vom deutschen Volke „Sprecher, deren Wort man trauen könne“. Vor allem kam es ihm darauf an, die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn durchzusehen, da ja über kurz oder lang amerikanische mit österreichischen Truppen auf dem italienischen Kriegsschauplatz oder an der Westfront in Kampf geraten werden, wenn nicht vorher die Friedensverhandlungen diese kriegsverlängernde Möglichkeit ausschalten. Der säbelrasselnde Friedensapostel Wilson hat mit seiner Rede den üblichen Enttäuschungssturm in der nationalen Presse Deutschlands und Oesterreichs entfacht und damit einen neuen Beweis für die Tatsache erbracht, daß Reden von Ministern und Staatsoberhäuptern unter allen Umständen kriegsverlängernd wirken — so lange die Völker nicht russisch reden. Wenn Wilsons Rede auch manche annehmbare Stelle enthält, so können wir doch nicht der Wertschätzung zustimmen, die einige unserer Freunde dieser Rede zuteil werden lassen, indem sie aus ihr „einen hohen Willen Wilsons zur Gerechtigkeit“ herauslesen. Für eine Gerechtigkeit, die in Wirklichkeit mit Maschinengewehren und groß- und kleinkalibrigen Geschützen verbreitet wird, mögen sie nun amerikanischer oder Kruppischer Konstruktion sein, haben wir Sozialisten uns unter allen Umständen zu bedanken. Die Haltung der amerikanischen Vertreter auf den letzten Kriegskonferenzen der Entente, die Willkürereien des amerikanischen Militärattachés im russischen Hauptquartier, die Gewaltmaßnahmen der amerikanischen Regierung gegen Kriegs- und Wehrpflichtgegner, gegen nicht naturalisierte Deutsch-Amerikaner, gegen die kleinen neutralen Länder und noch vieles andere mehr sollte doch etwas mehr zur kritischen Beurteilung der demokratischen Redewendungen des politischen Geschäftsführers der kapitalistischen Bourgeoisrepublik jenseits des großen Teiches veranlassen. Dadurch erleichtern wir auch den Kampf unserer amerikanischen Genossen gegen die Kriegspolitik eines Wilson.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ ist die Einberufung einer internationalen sozialistischen Friedenskonferenz vorläufig nicht beabsichtigt.

Innere Politik: Durch die Presse ging der Bericht über eine Unterredung, die die Herren v. Hindenburg und v. Ludendorff mit einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“ gehabt und die angesichts der Verhandlungen mit Rußland ganz besonders beachtenswert ist. Herr v. Ludendorff erklärte, daß dieser Krieg „keine Remispartie“ sein dürfe. Das heißt aus der Sprache des Schachspiels in ein für Arbeiter verständliches Deutsch übersetzt: in diesem Kriege muß es unbedingt einen Sieger und einen Besiegten geben. Außerdem erwartet Herr v. Ludendorff besonders viel vom verschärften U-Bootkrieg. Herr v. Hindenburg aber prägte den Satz: „Nicht steht die Tat über den Worten, deshalb sollen wir jetzt nicht mehr vom Frieden sprechen!“

In einem seiner Artikel, in denen der „Vorwärts“ die Lebensmittelnot als Anlaß nimmt, sich vor der Arbeiterschaft als energischer Volksanwalt aufzuspielen, war kürzlich folgender Satz zu lesen: „So erschöpft sich die ganze Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes in den Bemühungen, die Preise fortgesetzt in die Höhe zu schrauben, bis eines Tages auch die Geduld der Verbraucher erschöpft ist.“ Aber wo bleibt denn da der vielgerühmte „Einfluß“ der „Vorwärts“-Leute? Sieht doch gerade im Kriegsernährungsamt als Unterstaatssekretär einer ihrer Freunde, der „Genosse“ August Müller. Da gibt es doch nur zwei Möglichkeiten: entweder ist es

um den „Einfluß“ verflucht windig bestellt, oder Herr August Müller macht die agrarische Preispolitik des **Lebenserhaltungsamtes** tapfer mit. Und beides ist **Wohlfühl** für den Regierungsozialismus.

Die Massenabkommandierung der Gewerkschaftsmitglieder zu dem „Volksbunde für Freiheit und Vaterland“ ist jetzt vollzogen. Der Bund ist ins Leben getreten, seine Vorstehenden sind Herr Professor Franke, Herr Reichstagsabgeordneter Bauer und Herr Stegerwald. Die Einheit und Zielklarheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die bekanntlich nur von den bösen Unabhängigen bedroht wird, ist dadurch mächtig gefördert worden. Gewisse Leute müssen doch eine Heidenangst vor einer selbständigen sozialistischen Politik haben und unter allen Umständen an bürgerlichen Rockschößen hängen.

Als Ergänzung zur Vaterlandspartei ist ein „Bund der Kaiserstreuen“ unter dem Protektorate des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha gegründet worden, der das deutsche Volk vor inneren demokratischen Gefahren behüten will, während die Vaterlandspartei angeblich nur die äußeren Gefahren eines baldigen demokratischen Friedens abwehren will. Da der neue Bund vor allem dem Schutze der Monarchie dienen soll, kann durch seine Propaganda erfreulicherweise die Frage: Monarchie oder Republik etwas mehr als bisher in den Vordergrund der Erörterungen treten.

Den Berliner Regierungsozialisten ist etwas widerfahren, was den Berliner Unabhängigen schon seit Jahr und Tag unzählige Male zugesprochen ist: es ist ihnen eine **Versammlung** verboten worden. Am Sonntag, den 9. Dezember, wollten sie eine solche Paraderversammlung im Zirkus Schumann abhalten, in der die Herren Scheidemann, Richard Fischer, Robert Schmidt und Wilhelm Pfannkuch reden sollten. Der „Vorwärts“ ist über das Verbot ganz aufgeregt und schreibt die Schuld an dem Unglück — den Unabhängigen zu. Wir können den Schmerz des „Vorwärts“ nachfühlen: Der Regierungsozialismus sieht jetzt in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite muß er bemüht sein, die Bundesbrüderlichkeit mit den bürgerlichen Parteien und die Basaltentrens zur Regierung Hertling-Friedberg-Payer aufrecht zu erhalten, auf der andern Seite muß er aber auch der Stimmung der Arbeitermassen Rechnung tragen und seine „Solidarität“ mit den ausländischen, vor allem der Bolschewiki-Regierung, beweisen. Dabei kommt er aber mit den tatsächlich in Deutschland regierenden Mächten, gegen deren Werten er sich jahrelang blind gestellt hat, in Konflikt. Jetzt jammert er über das Fehlen der „einheitlichen Front“, den Mächten gegenüber, die naturgemäß unsere gemeinsamen Gegner sind. Wo war denn die „einheitliche Front“, als diese Mächte gegen die frühere „Vorwärts“-Redaktion vorgingen, als der Unabhängigen Partei jede politische Lebensregung unmöglich gemacht wurde? Und wie albern ist die Behauptung des „Vorwärts“, daß nur der Regierungsozialismus den Kampf gegen Allduutsche, Imperialisten usw. geführt habe, daß die Unabhängigen allein in diesem Kampfe verfaßt hätten. Sind etwa die vielen Haupt- und Staatsaktionen der Behörden gegen die Berliner Opposition und Unabhängigen unternommen worden, weil diese brave Kinder und zahme Hunde waren? Oder hat der „Vorwärts“ die Stirn zu behaupten, daß die Unabhängigen in ihrer Versammlungstätigkeit, ihrer Presse usw. mehr Bewegungsfreiheit hatten, als er und seine regierungsozialistischen Freunde bis in die neueste Zeit hatten? Wenn der „Vorwärts“ aus dem Versammlungsverbot weiter nichts gelernt hat, als seinen Groll an der Unabhängigen Partei auszulassen, soll es uns recht sein. Wir werden seinen Angriffen die Antwort nicht schuldig bleiben, Material zur Aufklärung und Aufrüttelung der Arbeiter hat er uns massenhaft geliefert. Wir verlangen volle Versammlungsfreiheit, für uns wie für die „Vorwärts“-Leute, aber dieser Freiheit wird nicht dadurch gedient, wenn der „Vorwärts“ in seiner blinden Wut den Mächten, deren harte Faust er jetzt zu spüren bekam, erst recht Argumente zu Versammlungsverboten, die wie das jetzige mit dem Auftreten der Unabhängigen begründet werden, in die Hand spielt.

Verboten wurde auch eine **Frauenversammlung**, in der die regierungsozialistischen Frauen mit bürgerlichen Frauen zusammen — allein wäre ihr Häuflein doch wohl zu klein gewesen — für das Frauenwahlrecht eintreten wollten. Das gleiche Schicksal hatten natürlich zwei Versammlungen, in der unsere Genossinnen zu der gleichen Frage Stellung nehmen wollten.

Aus den Organisationen.

3. Kreis. Der Frauenteeabend im Dezember fällt aus. — Die Weihnachtsfeier für die Kinder findet am 27. Dezember (2. Feiertag) im Gewerkschaftshaus statt.

Landtagsabgeordneter Hofer sprach am Donnerstag, den 6. Dezember, im Café Bellevue (Zuh. Tempel) Lichtenberg, in einer Mitgliederversammlung des Kreiswahlvereins Niederbarnim (U. S. P. D.) unter großem Beifall vor seinen Wählern über die Wahlrechtsvorlage zum preussischen Landtag. Nach kurzer Diskussion nahmen die Versammelten folgende Entschliebung an:

„Die am 6. 12. 17 im Café Bellevue tagende Versammlung erklärt ihr volles Einverständnis mit den das Dreiklassenwahlrecht verurteilenden Ausführungen des Referenten. Sie ist gleichfalls der Meinung, daß die eingereichte Vorlage nicht den Erwartungen entspricht, die die Arbeiterschaft von ihr verlangt und die viele Mängel aufweist. Die Versammelten verurteilen die Erhöhung der Altersgrenze, die dreijährige Staatszugehörigkeit, den einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde resp. im Wahlkreis, die Ausschaltung der Frauen und die Verkürzung der Rechte bei Bewilligung des Stats. Ferner die Einführung des Ausgaberechts der Regierung ohne Genehmigung durch den Landtag.“

Im weiteren verwirft die Versammlung diese Art der Reformierung des Herrenhauses. Die Anwesenden fordern das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht nach dem Proportionalssystem für alle Einwohner beiderlei Geschlechts mit Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres und vollständige Beseitigung des Herrenhauses sowie des Einspruchsrechts der Krone.

Die Versammelten erwarten von den Abgeordneten der unabhängigen Landtagsfraktion, daß dieselben in diesem Sinne mit aller Energie eintreten und wirken.“

Neukölln. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Passagen, Bergstr. 151/52. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten G. Dittmann über: Die Aufgaben der U. S. P. D. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Treptow - Baumschulenweg. Am Sonntag, den 16. Dezember, nachm. 4 Uhr, findet für jeden Ortsteil eine gefellige Zusammenkunft der Parteigenossinnen mit Kinder statt. Für Treptow bei Scholze, Gräßstr. 48. Für Baumschulenweg bei Krause, Riefholzstr. 249. Für Unterhaltung ist gesorgt. Zahlreichen Besuch erwarten.

Die Lesabend-Leiterinnen.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 16. Dezbr., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealpassage, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhoffstr. 48 bei O. Pamp: „Freireligiöse Vorträge.“ — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Ernst Däumig: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte. XIII. Die Staatskirche des fürstlichen Absolutismus.“ — Gäste willkommen.

Arbeiter-Jugend Reinickendorf-Ost. Am Sonntag, den 16. Dezember, findet im neuen Jugendheim, Amendestr. 79, die Einweihungsfeier statt, bestehend aus Gesang, Festvortrag, Musik und Regitation. Alle Darbietungen werden von der Jugend bestritten. Anfang nachm. 5 Uhr. Eintritt 20 Pf. Alle Jugendfreunde Groß-Berlins sind freundlichst eingeladen.

Edenid. Verein Arbeiter-Jugendheim. Außerordentliche Generalversammlung am Mittwoch, den 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Gollnow, Rosenstr. Ecke Kirchstr. — Tagesordnung: 1. Bericht der Statutenberatungskommission. 2. Verschiedenes. — Mitalledstärkte legitimiert. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Bei der Beerdigung des Genossen Artur Stadthagen ist ein Verleumdung mit Bügel nebst Inhalt gefunden worden. Abzuholen abends nach 8 Uhr bei Zimmermann, Berlin-Stralau, Alt-Stralau Nr. 6, Hof links 8 Trp.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 20. Dezember 1917, abends 8 Uhr, im „Lehrer-Vereinshaus“, Alexanderstraße 41:

Fortsetzung der General-Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.

Der Vorstand.

R. Junger. O. Schulze. W. Lamm. A. Nirus. P. Müller.

Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.

Sozialdemokratischer Wahlkreis für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Gerichtstr. 71. Unabhängige Partei Deutschlands. Amt Norden, 2137.

Bücherangebot für unsere Mitglieder!

Zum Weihnachtsfeste passend für Geschenke empfehlen wir, so lange der Vorrat reicht:

Klara Müller-Jahnke:

1 Mark.

Gedichte.

1 Mark.

Außerdem sind noch zu empfehlen: „Geschichte der Kommune“ von Lissagaren, gebunden 2 Mk. Jgnaz Auer: „Nach zehn Jahren“, gebunden 2 Mk. Bebel: „Aus meinem Leben“, 1. Band 2,10 Mk., 2. Band 3,10 Mk., 3. Band 2,25 Mk. „Die Frau und der Sozialismus“, von August Bebel, gebunden 3 Mk. Geschenkausgabe 8,50 Mk. „Das Kapital“, von Karl Marx, Volksausgabe, geb. 5,40 Mk. „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ 1., 2., 3. Band, zusammen 12 Mk. — „Jugend-Lieder“ von Emma Dölp. 0,75 Mk.

Zweiter Wahlkreis.

Am 5. d. M. starb unser langjähriger, treues Mitglied, der Reichstagsabgeordnete Genosse

Artur Stadthagen

im Alter von 60 Jahren.

Seine Verdienste um die Arbeiterbewegung im allgemeinen werden an anderer Stelle gebührend gewürdigt werden. Nur soviel sei hier gesagt, daß er trotz seiner umfangreichen Tätigkeit auf den verschiedenen Gebieten unserer Bewegung auch in seiner engeren Wahlkreisorganisation stets zur Stelle war, wenn sie seiner bedurfte.

Wie er uns die Treue gehalten im Leben, so werden auch wir sie ihm bewahren über das Grab hinaus.

Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschanplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 15. November fiel im Alter von 30 Jahren unser Bezirksführer, der Tischler

Karl Ruchl

Weidenweg 86, Bezirk 343, Abt. 90.

Im November fiel im Alter von 27 Jahren der Gürtler

Otto Fick

Liegnitzerstr. 16, Bezirk 205 II, Abt. 6.

6. Wahlkreis.

Im Felde in der Gefangenschaft verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Bruno Kühn

Hochmeisterstr. 28, 3. Abt., Bez. 520.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

2. Wahlkreis.

Am Montag, den 3. d. M., starb nach kurzem Krankenlager unser alter, braver Genosse, der Puzer

Gustav Hirnbaum

Pallasstr. 5, Abt. 1, Bez. 61/62,

im Alter von 58 Jahren.

Am 5. 12. verstarb im Urban-Krankenhaus unser Genosse, der Schuhmacher

Reinhold Gärtner

Bezirksführer der 8. Abt., 2. Kreis. Planufer 92 E.

6. Wahlkreis.

Am Montag, den 10. Dezember, verstarb unser Genosse und langjähriges Mitglied, der Kassenangestellte

Wilhelm Ehrhardt

Brenzlauer Allee 233, 8. Abt., Bez. 510.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. Dez., nachm. 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.

Am Freitag, den 7. Dezember, verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Karl Rein

Uckerstr. 68, 9. Abt., Bez. 628.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Ehre ihrem Andenken!

Zu Stadthagens Gedächtnis.

Nun mußte uns zum letzten Mal vereinen
Ein Weg, von dem die Rückkehr ihm verperrt;
Und ob sich auch der Mund im Weh verzerrt:
Bleibt still, was hilft uns Klagen nun und Weinen!

Sein Wesen war wie tiefe Feuersglut,
Die sich im Sturm zur hellen Flamme zündet
Und lodert in der Not dem Volk verkündet,
Daß noch sein Recht und Heil in treuer Hut!

Und wie die Flamme einst verzehrt die Glut
Auf der ihr Leuchten immer sich gegründet:
Schmolz seine Seele an dem starken Mut,

Mit dem er Wahrheit rücksichtslos gekündet.
Er ehrte nimmer sein, nur unser Leben:
Ihm gleichzukommen sei nun unser Streben!

B. D.

Eine große Lücke wird der Tod Stadthagens in der Partei hinterlassen, gehörte doch unser verstorbener Freund zu den mutigsten und opferwilligsten Vorkämpfern unserer Bewegung. Stadthagens Biographie stand nicht im armen Proletariat; er war von Hause aus bemittelt. Seine Eltern wandten ein Kapital auf, um ihm durch das Studium der Rechtswissenschaft eine höhere Laufbahn zu ermöglichen. Schon als junger Referendar verfolgte Stadthagen das politische Leben, indem er eine Zeitschrift als Reichstagsstenograph wirkte. Als Anwalt wurde er bald bekannt und war sehr gesucht. Sein tiefes soziales Empfinden trieb ihn frühzeitig in die Reihen der Sozialdemokratie. Seine ersten Vorträge in Berliner Bezirksvereinen riefen Aufsehen hervor. Unter dem Titel: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an“, verbiß sich eine scharf einschneidende Kritik der sozialen und politischen Zustände. 1889 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, 1890 in den Reichstag gewählt, ging Stadthagen ganz in der Partei auf. Er dachte gar nicht daran, in seiner Person das schöne Geld retten zu wollen, das sein Vater für Erziehung und Ausbildung als Kapital in ihm angelegt hatte, er setzte rücksichtslos alles ein, um den in die Fänge des Gesetzes Geratenen mit allen Mitteln zu helfen. Das wurde ihm schwer angeteilt. Damals, Ende der achtziger Jahre, galt es noch als eine Art Schandfleck des Standes, Sozialdemokrat zu sein. Stadthagen schreckte das nicht. Ihm galt der Kampf ums Recht als oberstes Gesetz und auch der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung.

Stadthagen wurde schließlich nach Jahren selbst das Opfer der Nachsicht, indem man ihn durch den Spruch des Ehrengerichts aus dem Anwaltsstande entfernte. Stadthagen hat als Agitator Uebermenschliches geleistet. Das wissen am besten die Genossen seines Kreises. War Stadthagen nicht gerade schwer krank, so war er stets bereit, agitatorisch zu wirken. Auch in seine Nähe war unser Freund nicht unbekannt. Bei größeren Kämpfen fuhr er nach Ost und West, nach Süd und Nord, wenn er benötigt wurde.

Wirksam hat unser verstorbener Freund in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung für die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung gearbeitet. Die Geschichte der Sozialdemokratie im Rathause gibt ein kleines Bild seiner sozial-vorwärtsdrängenden Tätigkeit. Artur Stadthagen gebührt das Verdienst, als Mitglied der Berliner Armenverwaltung bahnbrechend gewirkt zu haben. Er bekam es fertig, als Vorsteher eines Armenkreises die ihm allzumutig dankenden Unterstützungssätze von 6 Mk. einfach zu streichen und dafür 10 Mk. als Minimumsatz einzusetzen. Die Armenvorsteher und Kommissionen bäumten sich dagegen auf und drohten ihre Ämter niederzulegen. Stadthagen kümmerte das nicht und er hat seinen Kopf durchgesetzt. In Zukunft verschwanden die 6 Marksätze. Wie auf diesem Gebiet, so arbeitete er auf anderen. Er besuchte selber die Armen des städtischen Obdaches und suchte auch den Korrigenden in Nimmelsburg Erleichterungen zu schaffen. Ueberall wo Stadthagen mitzubestimmen hatte, sind Verbesserungen in die Erscheinung getreten, auch ein Beweis dafür, wie „positiv“ mancher radikale Sozialdemokrat wirken kann, mehr als die revisionistischen Raufhelden nachzuweisen vermögen.

Selbst die bürgerlichen Gegner haben diese Arbeit anerkennen müssen. Heißt es doch in der ihm im Jahre 1915 anlässlich seiner 25-jährigen Mitgliedschaft

als Stadtverordneter überreichten Adresse, daß Stadthagen „bald durch seine eifrige Tätigkeit im Dienste der Stadt sich Beachtung und Anerkennung seines pflichttreuen Strebens zu erringen gewußt habe; seine gründliche Sachkunde auf zahlreichen Gebieten der Verwaltung, sein umfassendes Wissen und scharfer Verstand sicherten seinen Anregungen stets lebhaftes Interesse auch bei denen, die seine Anschauung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet teilten“.

Und ebenso zutreffend ist die weitere Schilderung, daß er „in den vordersten Reihen seiner Gesinnungsgenossen unermüdet und unerschrocken für seine Ueberzeugung eingetreten ist“.

Welch fruchtbringende Tätigkeit hat Stadthagen in diesen nun 28 Jahren im Reichstage entfaltet — im Plenum als öffentlicher Ankläger gegen Justiz und Verwaltung wie als beredter Verteidiger der Interessen der Arbeiterklasse —, in den Kommissionen als geschickter und wissenschaftlicher Kenner der Gesetze wie der wirtschaftlichen Verhältnisse. Immer mehr Arbeiterschub, freies Vereins- und Versammlungsbrecht, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter hieß seine Forderung. Dafür kämpfte er mit aller Schärfe seiner Dialektik, mit der Fülle seines reichen Wises und keineswegs Hohnes.

Im Jahre 1895 gab er zum erstenmal eine Zusammenstellung der Arbeiterschutzesetze heraus, das „Arbeiterrecht“, das seit 1900 in erweitertem Umfange unter Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Verlage von J. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erscheint und „Die Rechte und Pflichten der Arbeiter in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitervertrag und aus den Unfall-, Kranken- und Invaliden-Versicherungsgesetzen“ mit Beispielen und Formularen erläutert. Hoffentlich wird dieses Werk nach dem Kriege neu aufgelegt und im Sinne seines Verfassers ergänzt.

Im Jahre 1893 trat Stadthagen in die Redaktion des „Vorwärts“ ein, wo er als juristischer Berater den Arbeitern Rat und Hilfe zuteil werden ließ. Als es im Jahre 1905 mit den damaligen Redakteuren des „Vorwärts“ zum Konflikt kam, beriefen die zuständigen Instanzen unseren Artur zum Redakteur des sozialen und gerichtlichen Teils. Was er hier geleistet hat, oft zwischen Lär und Angel, vom Reichstag nach dem Rathaus, von da nach der Redaktion, weiß nur der zu ermessen, der mit Stadthagen persönlich zusammengearbeitet hat. Als Redaktionskollege hat er stets Solidarität bewiesen und alle die, welche die lange Zeit mit ihm zusammen gearbeitet haben, wissen, was sie an Artur Stadthagen verloren haben. 1916, bei dem Zusammenbruch der alten Grundsätze, war er mit eines der Opfer, das die „Herren im Hause“ auf die Straße setzten. Wer ihm persönlich nahe stand, weiß, daß ihn dieser Gewaltstreik schärfer traf als alle gerichtlichen Verfolgungen. Die etwa 40 Anklagen, die gegen ihn die Staatsanwälte erhoben hatten, die 10 Monate Gefängnis, die er verbüßen mußte — sie hätten ihn nur um so kampfesfreudiger gemacht, aber die Vergewaltigung durch die früheren Parteigenossen erfüllten ihn mit tiefer Trauer. Daß er nicht mehr als Anwalt der Bedrückten schreiben, in juristischen Angelegenheiten ihnen raten konnte, drückte ihn darnieder und verbüßerte sein letztes Lebensjahr mehr, als er es äußerlich merken ließ.

An seinem Grabe trauern nicht allein die Wähler seines Kreises und seine Genossen in Berlin, nein, die sozialdemokratisch denkenden Arbeiter in ganz Deutschland und der Internationale beklagen den Verlust dieses treuen Kampfgenossen, der, so scharf er seine Kluge gegen die Gegner führte, als Mensch der liebevollste, freundlichste Kamerad war allen denen, die er achten konnte. Freilich ein um so grimmigerer Feind im persönlichen Verkehr allen denen, die er als Verräter und Schleicher erkannt hatte. Wahrlich, er gehörte zu denen, die „Ehre und Wahrheit“ achten und zu ihrer Fahne hatte er gestanden bis zum letzten Atemzuge.

Ehre seinem Andenken!

Die Trauerfeier.

Die Genossinnen und Genossen von Groß-Berlin und insbesondere die seines Wahlkreises Niederbarnim bereiteten am Sonntag, den 9. Dezember, ihrem Artur Stadthagen ein würdiges Beigebengedächtnis. Die Leiche war von der Klinik am Bayerischen Platz in Schöneberg nach dem Café Bellevue über-

führt worden und war im Saale aufgebahrt. Hier, wo der Verstorbene so oft zu seinen Genossen und Wählern gesprochen hatte, hier sollte er noch einmal im Tode Platz finden.

Inmitten Blattpflanzen, von Standlaternen flankiert, stand der Sarg, der bald unter Blumen und Kränzen verschwand. Eine große Anzahl Teilnehmer defilierten vor Beginn der Feier am Sarge vorüber, um stumm von dem Vorkämpfer Abschied zu nehmen.

Punkt 1 Uhr setzte Gesang des „Männer- und Frauenchor“ ein. „Ein Sohn des Volkes“ wollte er sein und bleiben“. Ein Sohn des Volkes in dem Sinne, als unser Artur sich nur im Volke wohl fühlte. Und dann trat Genosse Vogt her an das schwarze Lehngarn Rednerpult und hielt seinem Kollegen eine warm empfundene Gedächtnisrede. Er entwarf ein Bild von dem reichen Wirken des Mannes, dessen Mund nun stumm ist, der nicht mehr zu den Massen sprechen und sie aufrufen kann. Er schilderte Wesen und Streben, Leben und Wirken des Verstorbenen. Stadthagens geistiges Vermächtnis zu erfüllen, sollte das würdigste Andenken an den unvergesslichen Freund sein. Im Namen der Partei und der Reichstagsfraktion sprach Genosse Haase. Wie Stadthagen mit seinem juristischen Scharfsinn alle Gesetzesvorlagen prüfte, welche Wirkung sie für die Arbeiter haben, wie er in den Kommissionen aus kraftvoller Initiative das Beste für das Proletariat herauszufinden suchte, und wie er schließlich von der Reichstagstribüne herunter die Gegensätze aufzeigte und das Proletariat zum Kampfe aufrief. Und wie Stadthagen lebte hat in Stockholm dem Völkerrfrieden gegolten habe. Das sichere ihm den Dank der Partei und der Arbeiterklasse.

Genosse Manasse fand im Auftrage der Stadtverordnetenfraktion warme Worte für Stadthagens Arbeit in der Kommune. Für den Wahlkreis Niederbarnim sprach Genosse Witzke dem Verstorbenen den Dank der Genossen und Genossinnen des Kreises ab. „Ihren Artur“ hätten sie verloren, ihn, der so wertvolle Arbeit geleistet habe mit einer unermüdeten, die einzig dastehende. Die Genossen gelobten, in Stadthagens Sinne zu wirken und auch nur einen Nachfolger in seinem Sinne zu bestellen.

Für den Verband der Wahlvereine Berlins und Umgebung fand Genosse Adolf Hoffmann warme Gedankworte, während Genosse Nyssel-Leipzig für die Leipziger Genossen sprach. Im Namen der vielen Freunde gedachte Genosse Wurm in tiefempfundener Worten des guten Menschen Stadthagen und dessen menschlich-schönen Seiten. Echte Freundschaftsworte waren es, die Wurm mit verhaltenem Weh seinem Freunde Artur nachrief.

Erneuter Chorgesang: „Wenn sich die Herzen scheiden“, beschloß die Feier.

Inzwischen hatten sich die Zehntausende von Teilnehmern, die im Saal keinen Einlaß finden konnten, vor dem Lokal geordnet nach folgendem Programm: Die Genossinnen und Genossen des Kreises Niederbarnim eröffnen den Leichenzug. Dann folgt der Leichenzug. Ihm folgt: 1. Die nächsten Angehörigen. 2. Die Reichstagsfraktion. 3. Stadtverordnete und städtische Behörden. 4. Die Kreisdeputationen. 5. Die Genossen des 2. Wahlkreises. 6. Die Genossen des 4. Wahlkreises. 7. Die Genossen des 6. Wahlkreises. 8. Die Genossen des 1., 3., 5. Wahlkreises sowie die Kreise Teltow-Beeskow und Ost-Havelland. 9. Die Arbeiter einzelner Betriebe.

Nachdem 8 Genossen des Kreises den Sarg auf den Leichenzug gehoben, setzte sich langsam der Zug gegen 1/3 Uhr in Bewegung. Unabsehbar war die Teilnehmerzahl. Die Musik spielte Trauerweisen, der Zug bewegte sich in größter Ordnung dem Friedhof zu. Der Weg, den der Zug nahm, war von vielen Tausenden umsäumt, Tausende grüßten aus den Fenstern der Verstorbenen, der ihr Vertreter war, zum letzten Mal. Es war 1/4 Uhr geworden, als der Zug am Friedhof anlangte. Die Niederbarnimer Genossen bildeten Spalier. Dann ging es der Gruft zu, wo Musik den Sarg empfing. Dann setzten die Säger ein und der Sarg wurde in die Gruft versenkt.

Einzelnen traten die Kranzträger heran, um den letzten Scheidegruß zu sprechen und ein letztes Liebeszeichen niederzulegen. Kranz häufte sich auf Kranz, einer schöner als der andere. Bald konnten wir nicht mehr über den Berg von Kränzen hinwegsehen und immer wollten sie kein Ende nehmen. Welches Denkmals muß sich der Verstorbene in den Herzen der Arbeiter gesetzt haben, dessen so gedacht wurde. Es war dunkel, als wir den Friedhof verließen. Dann tollerten die Erdschollen auf den Sarg Stadthagens.

Alle aber, die heimkehrten, taten das mit dem Gelübde, im Sinne des Verstorbenen zu handeln, wenn sie in seinem Geiste fortführen, was er hinterlassen.

Die Beteiligung an der Beerdigungsfest wird von einer in mehrere Zeitungen übergegangen und auch vom „Vorwärts“ übernommenen Korrespondenz auf etwa 5000 geschätzt. Wer dabei war, weiß, daß mehrere Zehntausende unserem Artur das letzte Geleit gegeben haben.

Die Kranzspenden.

Die Zahl der am Grabe niedergelegten Kranzspenden ist Legion. Wir greifen hier folgende heraus mit den Widmungen:

Den Leib wohl müssen wir der Erde übergeben,
Sein Geist wird in uns weiter leben!

Ehre seinem Andenken.
Gewidmet von der Arbeiterschaft der Firma
G. Kaufmann, Schwedterstr. 9.

Dem Genossen Artur Stadthagen.
Du kämpfst für uns manch harten Strauß,
Drum ehren wir dich weit übers Grab hinaus.
Gewidmet von den Sattlern und Tapezierern
A. B. W. Flugplatz.

Unserem unermüdeten tapferen Kämpfer Artur
Stadthagen.

Ehre seinem Andenken.
Gewidmet von den Parteigenossen der 1. und
2. Abt. des 2. Berl. Reichstagswahlkreises
U. S. P. D.

Ihrem lieben Kollegen Artur Stadthagen gewidmet
Stadtverordnetenfraktion der Unabhängigen
Sozialdemokratie Berlin.

Unserem allverehrten Vorkämpfer und Genossen
Artur Stadthagen

Gewidmet vom Gesamtpersonal der Konsum-
genossenschaft Berlin und Umgegend.
Nicht Ruhe, nicht Raft,
Dast ertragen die schwere Last.

Dem unentwegten Kämpfer für Freiheit und Recht.
Gewidmet von den Arbeitern und Arbeiter-
innen der Deutschen Waffen- und Muni-
tionsfabrik Wittenau.

Du hast gekämpft, wir kämpfen weiter
Für Frieden, Freiheit und für Recht.
Unserem langjährigen Reichstagsabgeord-
neten Artur Stadthagen gewidmet von den
Kolleginnen und Kollegen der A. G. W.
Geschloßfabrik Sickingenstr.

Dem treuen Kämpfer Artur Stadthagen.
Gewidmet von den Genossen der U. S. P. D.
des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederbarnim
U. S. P. D., Bezirk Reinickendorf-Ost.

Unserem verdienten Reichstagsabgeordneten Artur
Stadthagen als letzten Gruß.

Ein Posten ist vakant, die Wunden klaffen,
Der Eine fällt, die Anderen rücken nach,
Doch soll ich unbefiegt, und meine Waffen sind
nicht gebrochen —
Nur mein Herz brach.

Dem tapferen Vorkämpfer für Frieden und Freiheit,
Genossen Artur Stadthagen, gewidmet von der
Arbeiterschaft E. Roewe & Co.

Erwache, Volk, und laß das Stöhnen
Du, das doch alle Werte schafft,
Durch alle Lande zieht ein Friedenssehnen,
Erwache, Volk, du bist die Kraft.

Ruhe in Frieden, der du für den Weltfrieden
gekämpft hast.

Gewidmet von den Kolleginnen und Kolleginnen
der Firma Dr. Cassierer & Co.
Abt. Zunderbau.

Dem Kämpfer für Sozialismus und Kommunismus.
Treu warst du bis in den Tod.

Wir werden die dir entfallene Fahne ergreifen und
weiter vorantreiben, bis der Sieg errungen ist.
Gewidmet von den Arbeitern der Firma
Niede, Weissensee.

Du hast gekämpft für Freiheit und für Recht.
Gewidmet von den Kolleginnen und Kolleginnen
der D. B. R. F. Wittenau, Kugellager.

Dem Kämpfer für Freiheit, Wahrheit und Recht
Artur Stadthagen.
Gewidmet von den Maschinenschleifern und
Schlossern der Zigarettenfabrik Manoff.

Dem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen.
Gewidmet vom Verband der Kupferschmiede
Deutschlands, Filiale Berlin.

Unserem Genossen Artur Stadthagen als letzten Gruß.
Gewidmet von der 42. Abt., 4. Kreis.

Dem Verfasser des Arbeiterrechtes, Reichstags-
abgeordneten Artur Stadthagen, als letzten Gruß.
Gewidmet von den Arbeitern und Arbeiter-
innen der Argus-Motoren,
Berlin-Reinickendorf-Ost.

Ein Kampf war immer nur dein Leben
Für Freiheit und für gleiches Recht,
Was du den Arbeitern gegeben,
Wird weiter leben im kommenden Geschlecht.

Gewidmet vom Deutschen Eisenbahner-Ver-
band, D. E. S. Ortsgruppe Berlin II.

Gewidmet von der organisierten Arbeiterschaft
Ziehl-Nebe.

Ruhe sanft, du tapferer Streiter,
Du hast gekämpft, wir kämpfen weiter.

Unserem Vorkämpfer Genossen Artur Stadthagen
gewidmet von der Arbeiterschaft der Autogen-Werke,
Berlin.

Wer in seinem Leben so viel gekämpft und gelitten
wie Du, der schaut sich nach ungeführter Ruh.

Unserem tapferen und edlen Führer Artur Stadthagen
den letzten Scheidegruß.

1. Berliner Wahlkreis U. S. P. D.

Als letzten Gruß gewidmet von den Arbeitern der
Firma H. Stod & Co., Marienfelde.

Dem unvergeßlichen Vorkämpfer für Freiheit und
Recht, dem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen.

Ihrem lieben Freunde und Kampfgenossen
Artur Stadthagen.

Emanuel und Mathilde Barm, 9. Dez. 17.
Seinem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen
als letzten Scheidegruß und Dank für seine auf-
opfernde Tätigkeit im Dienste der Arbeiterschaft.

Kreiswahlverein Niederbarnim U. S. P. D.

Dem unermüdeten Vorkämpfer des Klassenbewußten
Proletariats, Artur Stadthagen.
Die Unabhängige Sozialdem. Landtagsfraktion.

Dem unermüdeten, opferfreudigen Streiter für
Volkrechte und Sozialismus.

Ihrem treuen bewährten Kollegen Artur Stadthagen.
Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemo-
kraten des deutschen Reichstags.

Dem unerschrockenen Kämpfer für Wahrheit, Freiheit
und Recht, Artur Stadthagen, den letzten Scheidegruß.
Gewidmet vom Zentralwahlverein Teltow-
Beeskow, U. S. P. D.

Dem unerschrockenen Vorkämpfer des internationalen
Proletariats, dem treuen Berater und Beschützer der
Unterdrückten, dem lieben gütigen Genossen
Artur Stadthagen

Die Zentralkommission der U. S. P. D.

Unserem unvergeßlichen Vorkämpfer Artur Stadthagen
Ehre seinem Andenken.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma
G. P. Goerz, Werkstatt Tempelhof.

Gewidmet vom Sozialdemokratischen Wahlverein
Bez. Rosenthal, U. S. P. D.

Unserem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen.

Dem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen
als letzten Scheidegruß
Vom Unabhängigen Soz. Wahlverein Kreis
Niederbarnim.

Was du mitschufest, wird am Leben bleiben,
Was du mitfädest, hoch und höher treiben.
Gewidmet vom Soz. Wahlverein Halle.

Die Besten müssen springen in den Riß der Zeit,
Nur über ihren Leibern schließt er sich,
Nur ihre Leiber sind der seltne Samen,
Aus dem der Völker Freiheit läppige Pflanze
Grünend hervorschießt, eine Welt befruchtend.

Rassalle, Franz v. Sickingen.

Seinem toten Mitstreiter der Verband der
Soz. Wahlvereine Groß-Berlins, U. S. P. D.

Unserem Vorkämpfer Artur Stadthagen den letzten
Gruß.

Gewidmet von den Kollegen der Firma
Niede, Abt. Kühn, Berlin-Weissensee.

Ruhe sanft, du tapferer Streiter,
Du hast gekämpft, wir kämpfen weiter.

Gewidmet von den Kollegen Flugzeugbau A. G. W.
Dennigsdorf

Dem tapferen Kämpfer für Freiheit und Recht.
Letzter Gruß! Dem trotigen Volksführer
Artur Stadthagen.

Gewidmet vom Ortsverein Neukölln, U. S. P. D.

Letzter Gruß unserm treuen Vorkämpfer
Artur Stadthagen.

U. S. Wahlverein Niederbarnim, Bez. Weissensee.

Gewidmet von den Kolleginnen und Kollegen der
Firma Bergmann Elektrizitätswerke Rosenthal, Abt.
Rohrverschlußfabrik.

Dem unvergeßlichen Reichstagsabgeordneten.
Wahlkreis Weimar II Eisenach-Dornberg
Dem treuen Kämpfer.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Gotha
Dem treuen Kämpfer.

Unserem Genossen Artur Stadthagen als letzten
Scheidegruß gewidmet von den Arbeitern und
Arbeiterinnen der A. G. W. Turbinenfabrik.

Erwache, Volk, und laß das Stöhnen
Du, das doch alle Werte schafft,
Durch alle Lande geht ein Friedenssehnen,
Erwache, Volk, du bist die Kraft.

Unserem langjährigen Genossen, dem Reichstags-
abgeordneten Artur Stadthagen, den letzten Gruß.
Gewidmet vom 3. Berliner Reichstagswahl-
kreis, U. S. P. D.

Dem tapferen Kämpfer für Freiheit, Recht und Frieden
Artur Stadthagen.

Gewidmet von den Arbeiterinnen und Ar-
beitern der Gesellschaft für drahtlose Tele-
graphie, Abt. Benthstr.

Unserem lieben unvergeßlichen Artur Stadthagen
gewidmet von den Arbeitern der Flugzeugwerft
Steeken.

Ruhe sanft!

Aufrecht und lähn und treu zu jeder Zeit im Kampf
Für Freiheit, Wahrheit und Friede standst du zur
Zeit uns in heiligem Streit und bist du, o Held, nun
auch von uns geschieden, nie werden wir dein auch
je vergessen, der du uns ein wahrer Führer gewesen.

Unserem lieben Genossen Artur Stadthagen.
Wahlverein 7 des 2. Berliner Reichstags-
wahlkreises, U. S. P. D.

Dem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen
gewidmet von den Kollegen der Rgl. Gewerkschaft
Spandau.

So gehst du hin, nun schlaf in Frieden,
Wir wissen, daß dein Geist nicht stirbt,
Ist auch kein Venz uns noch befehlen —
Das Samentorn uns nicht verdirbt.

Unserem treuen Vorkämpfer für die Arbeiterrechte
Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen.

Ehre seinem Andenken.

Gewidmet von der Arbeiterschaft der
Optischen Anstalt G. P. Goerz, Abt. Fern-
rohrbau, Große Frankfurterstraße.

Zum Andenken an den Reichstagsabgeordneten
Artur Stadthagen.

Gewidmet von den Arbeitern des Be-
kleidungsamtes Abt. III D. G. R.

Unserem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen
als letzten Gruß

Gewidmet von den Arbeitern der Firma
Kelling & Thomas.

Unserem treuen Vorkämpfer Artur Stadthagen.
Gewidmet von den Malern der Luftverkehr-
Gesellschaft Flugplatz.

Artur Stadthagen als letzten Gruß
gewidmet von den Parteigenossen des 4. Berliner
Reichstagswahlkreises U. S. P. D.

Es kommt der Tag, der Sklave atmet frei,
Du hast das Banner ihm vorangetragen.

Dem verstorbenen Kämpfer für Freiheit und Recht
Artur Stadthagen.

die letzten Grüße.

Zum Andenken. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der
Auer-Gesellschaft, Abt. B.

Als Rufer im Streite standst du als ein Mann,
Als leuchtendes Vorbild gingst du voran,
Wir kämpfen nun weiter in deinem Sinn,
Verachten das Rücken nach oben hin;
Geloben dem Geiste ewige Treue,
Und grüßen die Internationale, die neu!

Gewidmet von den Arbeitern der
Rgl. Beschüß-Glezerlei Spandau.

Gewidmet von den Arbeitern und Arbeiterinnen der
Dtsch. Telefon-Werke.

Letzter Gruß!

Gewidmet von den Arbeitern der D. B. F. Abt. 10
M. G. Montage.

Dem treuen Kämpfer für Freiheit, Wahrheit und Recht
dem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen.

Gewidmet von den Genossen des 5. Berliner
Reichstagswahlkreises.

Gewidmet dem Reichstagsabg. Artur Stadthagen
von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma
Goerz-Werke Tempelhof.

So lang das Blut in den Adern rollte,
Dat es für unsere Rechte gestritten.

Er kämpfte für Wahrheit und Recht.
Gewidmet von der Arbeiterschaft G. P. Goerz
Friedenau und Filialen.

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Dr. Max
Levy, Müllerstr. 30

Dem unermüdeten Streiter für Wahrheit und Recht.

Der Freiheit galt dein Kampf
Ist auch das Ziel noch weit,
Wir kämpfen weiter, bis alles,
Was du erstrebst, erreicht.

Gewidmet von den Kolleginnen und Kollegen der
Königl. Artill.-Werkstatt Nord-Spandau.

Zum Hinscheiden unseres unvergeßlichen Reichstags-
abgeordneten Dr. Artur Stadthagen.

Gewidmet von den Arbeitern und Arbeiter-
innen der Deutschen Waffen- und Muni-
tionsfabriken Moabit.

Gekämpft, gelitten und nichts erreicht.
Artur Stadthagen

gewidmet von den Kolleginnen und Kollegen der Firma
Panzer A. G.

Gewidmet von den Kollegen der Firma Daimler
Motoren-Gesellschaft Berlin-Mariensfelde.

Du hast gekämpft, wir kämpfen weiter.
Deine Lücke wird ersetzt.

Gewidmet von den Arbeitern der Firma
F. G. Dittmann, Fahrzeug-Fabrik, Berlin-Wittenau.

Unserem hochverehrten Genossen, dem Reichstagsabg.
Artur Stadthagen

als letzten Gruß.
Gewidmet vom dem Soz. Wahlverein Bez.
Pankow des Reichstagswahlkreises Nieder-
barnim, U. S. P. D.

Dem selbstlosen Vorkämpfer des deutschen Proletariats
gewidmet.

Der Unabhängige Sozialdemokratische Wahl-
verein Potsdam.

Dem Streiter für Wahrheit und Recht
Artur Stadthagen.

Gewidmet vom Sozialdemokratischen Wahl-
verein Potsdam-Osthavelland, U. S. P. D.
Magistrat und Stadtverordnete.

Königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Unserem erprobten Vorkämpfer für Arbeiterrechte und
politische Freiheit.

Gewidmet von den Arbeitern der Firma
Henische, Buchholz & Co.

Unabhängiger Sozialdemokratischer Wahlverein
Romawes.

Ruhe sanft!
Dem treuen Anwalt des Volkes.

Dem Kämpfer für Freiheit und Recht.
Die Kollegen der Firma Gest.

Dem unvergleichlichen Vorkämpfer des Proletariats.
Gewidmet von der U. S. P. D. Magdeburg.

Zum Hinscheiden unseres unvergeßlichen Reichstags-
abgeordneten Dr. Artur Stadthagen.

Gewidmet von den Arbeitern und Arbeiter-
innen der Deutschen Waffen- und Muni-
tionsfabriken Moabit.

Unserem lieben Vertreter des Wahlkreises Nieder-
barnim Artur Stadthagen den letzten Gruß.

Gewidmet von den Kollegen des Fahrzeug-
baues der Firma Niede, Berlin-Weissensee.

Ruhe sanft!
Du starbst in einer Zeit,
Wo sich zwei Brüder streiten,
Du starbst in einer Zeit, wo alle müssen leiden,
O, käme doch bloß bald die Zeit,
Wo sich nicht mehr die Brüder streiten,
Und wo auch aufhört das ewige lange Leiden.

Dem alten Kämpfer der junge Sproß.
Gewidmet von den Kollegen des Deutschen
Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Berlin I.

Ihrem tapferen Vorkämpfer Artur Stadthagen.
Gewidmet von den Arbeitern und Arbeiter-
innen der Firma Sudaicis & Co.,
Alt-Borghagen.

Unserem treuen Vorkämpfer Artur Stadthagen.
Gewidmet von den Arbeitern der Karosserie-
werke Max Sasse, Charlottenburg.
Gewidmet von den Arbeitern und Arbeiterinnen der
Waffenwerke Oberspree.
Die Uhr schlägt 12. Volk erwache.
Die Leninsten Brandenburgs, Havel
Dem Vorkämpfer für Freiheit und Recht.
Dem Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen
gewidmet von den Arbeitern und Arbeiterinnen der
Firma Knorrbrems, Berlin-Vichtenberg.
Ruhe sanft, du tapferer Streiter, du,
Hast gekämpft, wir kämpfen weiter.

Zahlreiche Einzelkränze von liebenden Freunden
und Bekannten können im einzelnen leider nicht alle
aufgeführt werden.

Kreis Niederbarnim. Die Kreisleitung von
Niederbarnim widmet ihrem Abgeordneten folgende
Abschiedsworte:

Ein schwerer Verlust hat uns betroffen. Artur
Stadthagen ist nicht mehr. Nahezu 28 Jahre unser
Vertreter im Reichstage, hat er nicht nur im Parla-
ment in rücksichtsloser Weise die Interessen des Pro-
letariats verfochten, sondern er hat die langen Jahre
hindurch seine ganze Kraft in den Aufklärungsdienst
der Partei und insbesondere unseres Kreises gestellt.
Gemeinsam mit unseren Genossen hat Stadthagen
die mühevollen Organisations- und Agitationsarbeit
geleitet. Ein enges Band umschloß ihn mit den
Wählern und Genossen seines Kreises; Stadthagen
gehörte ganz der Partei, ging in ihr auf. Die sozia-
listischen Grundzüge gingen ihm über alles; ihre Rein-
haltung war ihm Ueberzeugungssache. Der Klassen-
kampf des Proletariats galt ihm als das A und O
unserer Bewegung.

Tausenden galt Stadthagen als Berater und
treuer Freund. Sein Gerechtigkeitsgefühl und sein
tiefes soziales Empfinden ließen ihn den Bedrückten
und Verfolgten helfen, wo er konnte.

Wir, seine Wähler, betrauern in dem Dahin-
geschiedenen nicht nur unseren Abgeordneten und
braven Genossen, sondern auch einen uns lieb und
wert gewordenen, uneigennütigen, guten Menschen.
Sein Andenken wollen wir in Ehren halten, indem
wir im Geiste unseres Artur Stadthagen für die Be-
freiung der Menschheit weiterkämpfen.

Für die Kreisleitung:
J. A. Oskar Witzke.

Aus Stockholm gingen unserer Parteileitung fol-
gende Beileidstelegramme zu:

„Mit tiefster Trauer erfuhren wir die unerwar-
tete Nachricht vom Tode des alten Vorkämpfers der
deutschen Arbeiterklasse, Artur Stadthagen. Wir
bitten den Parteivorstand, den Arbeitern unser Beileid
auszubringen. Daß es doch dem Manne nicht gegönnt
war, den ersehnten Völkerrfrieden und den Aufschwung
der Arbeiterklasse zu neuen Siegen zu sehen.
Vertretung Volkshewiki.“

„Die schwedische Linkspartei und der schwedische
Jugendverband beweinen mit Ihnen das Dahin-
scheiden des großen Vorkämpfers des internationalen
Sozialismus, Artur Stadthagen.
Wingberg, Ström, Höglund.“

„Im Namen der sozialistischen Parteien und pro-
letarischen Organisationen aller Länder, welche auch
während des Krieges den internationalen Klassen-
kampf hochgehalten, sendet die Zimmerwalder Kom-
mission ihr tiefstes Beileid zu dem großen Verlust
ihrer Partei, den das gesamte Klassenbewußte Pro-
letariat Deutschlands durch den Tod des unerschrockenen
Streiters für Gleichheit, Freiheit und Sozialismus
erlitten hat.
Angelica Balabanoff.“

Von der italienischen Sozialdemokratie.

Die Stellung der italienischen Partei zum Kriege
war klar vom ersten Tage an, sie schloß sich ihrer Hal-
tung vor dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg eng
an. Erleichtert wurde sie dadurch, daß keinerlei Ver-
wirrung und Unklarheit über die Motive dieses
Krieges herrschte, und daß das Leben der Nation nicht
unmittelbar bedroht war. Mit dem Vordringen der
österreichischen und deutschen Heere änderte sich dies
lebhafte, und mit Spannung erwartete man Berichte
über die Haltung der Parteien und vor allem der
Sozialdemokratie angesichts der gewandelten politischen
und militärischen Lage. Jedoch es war unmöglich, ge-
nauer zu erfahren, da der „Avanti“ nicht über die
Grenzen konnte. Erst jetzt bringen „Humanité“ und
„Journal du Peuple“ vom 22. November ausführlichere
Aufsätze, aus denen man ein ungefähres, wenn auch
noch nicht vollständiges Bild gewinnen kann.

Die „Humanité“ weist auf den ungeheuren Stim-
mungsumschlag in Italien hin, den die Offensive der
Österreicher und Deutschen herbeigeführt habe. Or-
lando, den man beschuldigt hatte, den Krieg zu „sabo-
tieren“, sammelt alle Kräfte Italiens, um ein „zweites
nationales Ministerium“, Interventionisten, Violitti-
aner, Katholiken, Freimaurer sagen ihm ihre bedin-

gungslose Unterstützung zu. Ueberall in Italien
zeigen sich Manifestationen eines energischen Patriotis-
mus, große Summen für die Flüchtlinge werden ge-
zeichnet. „Die ganze Arbeiterklasse bildet einen Block
mit dem Rest der Nation“. Der Rationalverband der
Eisenbahner erläßt einen Aufruf: „Die ganze Armee
verlangt von uns die größte Anstrengung, die engste
Verbindung, die intensivste Mitarbeit, die vertrauens-
vollste Eintracht“.

Aber wie ist die Haltung der sozialistischen Partei?
Treves versichert, daß sich seine Gedanken niemals
gewandelt hätten, daß der Friede als ein internatio-
nales und nicht als ein italienisches Problem be-
trachtet werden müsse.

Turati hatte bereits im Juli auf dem Kongresse
zu Florenz die These vertreten, daß die Partei an
einer „besseren Regierung“ teilnehmen könnte. Die
These fand nicht die Zustimmung des Kongresses, aber
die Fraktion schien — wie die Humanité meint —
in ihrer Mehrheit den Satz Turatis anzuerkennen.
Die Regierungskrise kam. Die Opposition der Sozia-
listen galt als sicher. Die Teilnahme Bisolatis am
neuen Kabinett erschien als unmöglich wegen seiner
scharfen Gegnerschaft gegen die Sozialisten. Er hatte
in Grosfocampagna erklärt: „Wenn ich für die
Ordnung in diesem Lande verantwortlich wäre, ließe
ich auch (die Sozialisten) füßeln“. Die Stellung
Sonninos galt als unsicher. Und nun mit dem Ein-
tritt der Offensive erscheint das Ministerium Orlando
als ein Ministerium des Krieges. Die drei wichtigsten
Aemter: Auswärtige Angelegenheiten, Marine, Krieg
behaltend ihre Befugung. Bisolati bleibt und die
Sozialisten lassen es zu. „Noch besser, Orlando und
besonders Nitri bieten Turati formell ein Portefeuille
an. Die Verhandlungen werden nur aus „persön-
lichen Gründen“ aufgegeben.“

Gegenüber dem neuen Ministerium gibt es zwei
Tendenzen. Treves, Turati, Graziotto, Morgari und
Modigliani versichern, daß sie bereit seien, eine Hal-
tung gemäßigter Opposition einzunehmen. Carotti
und Mazzoni beharren bei ihrer intransigenten Hal-
tung. Aber die Ereignisse treiben weiter. Am
30. Oktober beschließt die Fraktion, die politischen
Kämpfe aufhören zu lassen, um mit allen Kräften am
Widerstand des Landes mitzuarbeiten. „Ihre ganze
Mitarbeit ist erworben unter Formeln, die keine
Teilnahme an der Regierungsfaktion
oder eine Abschwächung der Prinzipien
bedeuten“. Am 31. Oktober beschließen die Sozia-
listen, dem Ministerium Orlando seine Aufgaben zu
erleichtern, und aus diesem Grunde erheben sie auch
keinen Einspruch gegen das Verbot des Partei-
kongresses.

Der „Avanti“ weigert sich, irgend etwas an seiner
Haltung zu ändern. In seiner Nummer vom 1. No-
vember heißt es nach dem Zitat in der „Humanité“:
„Wir haben durchaus nicht nötig, die Namen der
neuen Minister zu kennen, um zu wissen, und zu
sagen, daß wir unter dem neuen Ministerium in
Opposition sein werden, wie wir es unter dem vorher-
gehenden waren. Die Gründe unserer abweichenden
Ansicht können weder durch eine ministerielle noch
durch eine parlamentarische Krise ausgelöscht werden.“

Gegenüber der Haltung der Fraktion, die die
Opposition — nach der Meldung der „Humanité“ —
aufgegeben hat, schreibt das Blatt:
„Prinzipiengründe haben uns plötzlich auf ein
Terrain gestellt, das vollkommen verschieden ist von
dem aller bürgerlichen Fraktionen, die sich offen im
Einvernehmen mit uns erklärt haben oder wenigstens
mit unserer Parlamentsgruppe gestimmt haben. In-
dem wir diese internationale Haltung gezeigt haben,
die die unsere ist, ist es ganz natürlich, daß sich heute
unsere Haltung nicht ändern kann.“

Am 5. November nimmt die Fraktion eine Tages-
ordnung an, in der die sozialistischen Kammermit-
glieder ihre „Solidarität mit dem Lande ausdrücken,
das augenblicklich vom Unglück betroffen ist, und mit
den Opfern des Krieges“, und sie beschließt, das Hilfs-
werk gemeinsam mit den Parteiorganisationen zu
verstärken, um die Ruhe in der Bevölkerung wieder
herzustellen. Der Parteivorstand hat keine Einwen-
dung gegen die Tagesordnung, er nimmt von ihr
Kenntnis.

An diesem Tage erscheint der „Avanti“ fast ganz
weiß, trotzdem warnt er davor, die Regierung Orlando
als eine sogenannte „bessere“ Regierung anzusehen.
Am 5. November erscheint ein Appell der Gewerk-
schaften, in dem es heißt:

„Wir können so viel wir wollen über die Dumm-
heit des Krieges philosophieren. Wir können jede
Solidarität mit denen, die ihn gewollt haben, zurück-
weisen. Aber wenn der Feind auf unserem Boden
eindringt, haben wir eine einzige Pflicht: die zu
widerstehen.“

Am 8. November kommt ein Appell von Pram-
polini, stark und unerschütterlich zu sein. Aus einer
Niederlage des Landes und des italienischen Volkes
würde ein nicht wieder gutzumachender Schaden für
die Arbeiterklasse und ihre Zukunft hervorgehen.

In der „Critica Sociale“ veröffentlicht Turati
und Treves einen Artikel, in dem es heißt: „Als diese
proletarischen Freiheiten, die wir Stück für Stück
gegenüber der Regierung und den parlamentarischen
Majoritäten verteidigt haben, mit wieviel mehr Eifer
müssen wir sie heute gegen die Bedrohung des
triumphierenden und barbarischen Feindes vertei-
digen. Dies ist das Hauptmotiv, welches das Prole-
tariat zum Widerstand drängen muß, einem Wider-
stand, der sich ihm mit allen seinen Instinkten und
Klasseninteressen auferlegt.“

Am 14. November gibt Prampolini im Namen
der Fraktion in der Kammer eine Erklärung ab, die
u. a. besagt:

„Der Sozialismus ist nicht eine Lehre der Feig-
heit. Und derjenige, der jenseits der Grenze auf
unsere Haltung gerechnet hat, muß lernen, daß wir
die Kameraden der Lebendigen und der Adler sind
gegen alle Politik der Eingriffe und der Verletzungen.“

Diese disziplinierte Kraft angesichts aller Notwen-
digkeiten ist die Frucht unserer Lehre, und das Ver-
halten der proletarischen Soldaten aus den sozialisti-
schen Gegenden Italiens spricht deutlich von der
strengen Art, mit der sie in die Tat umgesetzt ist.“
Der „Avanti“ bleibt bei seiner Haltung und er
fügt hinzu: „Wir wissen jetzt nicht, wieviele Gleich-
gesinnte uns bleiben.“

Soweit die „Humanité“. — Im „Journal du
Peuple“ verwahrt sich Jacques Rœsnil dagegen,
daß die bürgerliche Presse versuche, die italienische Partei
zu spalten und die gemäßigten Elemente der Partei der
Politik der Bourgeoisie anzugliedern. Sie verbreiten
lügenhafte Telegramme, nach denen Serrati und
Lazzari keinen Einfluß auf die Organisationen be-
säßen, während es Tatsache sei, daß sie mit der Mehr-
heit der Partei einig seien. Bergebinde suche man
Glauben zu machen, daß ein unüberbrückbarer Gegen-
satz zwischen Lazzari und Turati bestehe. Ebenso lächer-
lich sei es, die von Prampolini im Parlament ver-
lesene Erklärung in Gegenwart zu dem Parteivorstand
zu bringen. Prampolini habe nur in der gemäßigten
Sprache, die durch die Umstände geboten war, die Idee
vorgebracht, die das Verhalten der italienischen Partei
seit Beginn des Krieges regiert habe.

In der Tat, liest man die vom „Journal du
Peuple“ wiedergegebenen Passagen, so erhält man ein
wesentlich anderes Bild als aus den wenigen Sätzen,
die wir in der „Humanité“ fanden. Und scheint danach
die Haltung der italienischen Partei angesichts der
neugefahrenen Lage die zu sein, daß sie nach wie
vor die Verantwortung für den Ursprung des Krieges
und die Kriegspolitik ablehnt, daß sie sich den militä-
rischen und bürgerlichen Pflichten nicht entzieht, daß
sie entschlossen ist, die Rechte des Proletariats auch
gegenüber den eindringenden Heeren zu verteidigen,
und daß sie dem Ministerium in diesem Augenblick
keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Ein Prüfstein für die Partei wäre die Haltung
gegenüber den geforderten Krediten. Aber es steht keine
solche Abstimmung zu erwarten.

Zu einem abschließenden Urteil über die italie-
nische Partei berechtigen die angeführten Daten
keineswegs, schon deshalb nicht, weil sie aus der
„Humanité“ entnommen sind, von der wir wissen, daß
sie immer besondere Sympathien für die Reform-
sozialisten hatte. Diese Vorliebe mag wohl ihr Auge
etwas getrübt haben, so daß sie die Unterschiede, die
die offizielle Fraktion von der Bourgeoisie auch jetzt
noch trennen, nicht mehr klar zu erkennen vermag.

Die wichtigsten Stellen der Erklärung Prampol-
inis in der Kammer lauten nach dem „Journal du
Peuple“ folgendermaßen:

„Es ist nicht der Moment, die Verantwortlichkeiten
festzustellen, aber niemand möge hoffen, sie begraben
zu können, indem er eine Amnestie gerade in den
tragischsten Folgen seiner eigenen Politik sucht, nie-
mand möge sich einbilden, davon profitieren zu können,
um die gegnerische Partei als Sekte anzugreifen zu
können.“

Die Diskussion der Verantwortlichkeiten ist für
uns einfach vertagt, aber schon heute weisen wir ent-
schlossen zurück und benutzten wir als verkleum-
derisch und ehrlos jeden Versuch, unsere Partei an-
zugreifen, indem man sie für verwickelte Ereignisse
verantwortlich macht, über deren direkte und indirekte
Ursache man eine Enquete macht, die wir fordern, ver-
anstalten muß.

Dann wird man wahrheitsgemäß, entgegen allen
übelwollenden und interessierten Gerüchten, im Gegen-
satz zu der simplistischen allgemein verbreiteten Leicht-
gläubigkeit alle politischen und technischen Elemente
feststellen, die die gegenwärtige Situation geschaffen
haben, Elemente, auf die wir zu wiederholten Malen
hingewiesen haben, und die man vergeblich uns
imputieren will.

Wir haben unsere Gedanken über den Krieg stets
klar und offen im Tageslicht ausgedrückt, wir haben
in der Aktion loyal die richtunggebende Linie verfolgt,
die wir uns selbst öffentlich geschaffen haben. Wir
haben den durch den Krieg geschaffenen Zustand der
Notwendigkeit anerkannt, aber wir lassen Ihnen
die ganze Verantwortlichkeit für Ihre
Politik.

Unser Gedanke ist bestimmt. Der Sozialismus
besteht im Schema seiner Auffassung alle die idealen
und materiellen Gründe für die territoriale Unab-
hängigkeit.

Aber wenn es Ihnen scheint, daß wir aus diesen
Prämissen nicht diesen Schluß ziehen, den Sie er-
warten, indem sie sich mehr durch Ihr instruktives
Gefühl als durch Ihre Objektivität bestimmen lassen,
so sollten Sie doch Ernst genug haben, um zu ver-
stehen, daß das nicht aus absichtlichen Uebergehen
unserer Partei entspringt, sondern aus der Realität
der Dinge.

Tatsächlich vermischt sich heute die Verteidigung
des Territoriums derart mit dem Ganzen des euro-
päischen Krieges, daß die Tatsache, sie aufzufassen,
wie Sie es möchten, uns logischerweise verpflichten
würde, die ganze Opposition dreier langer Jahre zu
verleugern, daß sie uns auferlegen würde, alle Ver-
antwortlichkeiten zu teilen, alle Situationen, die sich
in diesem Kriege ergeben, anzunehmen, ihr Ende, ihre
Mittel, die Entwicklung anzunehmen.

Das ist es, weshalb wir nichts in unserer Hal-
tung zu ändern haben. Wir weisen die insame Legende
zurück, die unserer Propaganda die Verantwortlichkeit
für die traurigen Ereignisse der letzten Tage zuschieben
will.

Obgleich wir entschlossen gegen den Krieg sind und
sein baldiges Ende wünschen, wie es unser Recht und
unsere Pflicht war und ist, haben wir Verständnis
für die Stunde, in der wir leben, und wir haben nie
die unerbittliche Notwendigkeit verkannt oder mit
Schweigen übergangen, uns während des Krieges
seinen militärischen und zivilen Forderungen zu unter-
werfen.

Der Maßstab der Wirklichkeit ist die Frucht unserer Lehre. Die proletarischen Soldaten der sozialistischen Jugend Italiens zeigen Ihnen, wie ernst sie diese Tugend anzuwenden wissen. Der Sozialismus, der den Mut einmal gelehrt hat, hat dem Menschen den Mut für alle Stunden seines Lebens gegeben.

Der Sozialismus ist keine Lehre der Feigheit. Diejenigen, die jenseits der Grenzen unsere Haltung in Rechnung stellen, mögen wissen, daß wir die Kameraden Karl Liebknecht und Friedrich Adler sind, unversöhnlich gegenüber jeder Politik der Vorherrschaft und der Verleumdung.

Stadtverordnetenwahltag in Leipzig.

In Leipzig haben am 6. Dezember Stadtverordnetenwahlen stattgefunden. Die Abhängigen ließen alle Mühen springen und bekämpften unsere Genossen mit den niedrigsten Mitteln der Verleumdung. Die „Freie Presse“ ließ es an Berunglimpfungen nicht fehlen. Tagtäglich goß sie Kübel von Schmutz auf unsere Freunde aus. Alles war gespannt, was der Erfolg dieser Kampagne sein würde. Der Ausgang des Kampfes ist ein glänzender Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie. Sie eroberte sämtliche zur Wahl stehenden 12 Mandate und erzielte 9315 Stimmen, während es die Abhängigen nur auf 2066 Stimmen brachten und die Bürgerlichen 3258 Stimmen erhielten. Von den 24 Mandaten der dritten Abteilung hat die Unabhängige Sozialdemokratie jetzt 13, die Abhängigen haben 6. Das einzige zur Wiederwahl gestellte Mandat der Abhängigen, des Gewerkschaftssekretärs Kressin, wurde von uns erobert, ebenso 3 weitere Mandate. Die übrigen 8 waren bereits von uns besetzt und sind nunmehr glänzend behauptet. Die Wahlbeteiligung betrug 53 Proz., wenn man die 14 000 eingezogenen Wähler abzieht. Bei der Vorwahl 1913 erhielt die damals noch geschlossene Sozialdemokratie rund 18 000 Stimmen.

Der Ausfall der Wahlen zeigt, daß die Abhängigen das Vertrauen der Wählermassen verloren und sich unserer Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie, zugewendet haben.

Die „Freie Presse“, das Organ der Abhängigen, ist daraufhin recht kleinlaut geworden. Man spricht jetzt von einem Achtungserfolg, während man früher ganz anders trompetet hat. Aber sie vermeidet doch die groben Beschimpfungen, mit denen sie stark gearbeitet hat. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ jammern über den Ausgang, sie schreiben:

„Zwar war Leipzig von jeher eine Hochburg der Sozialdemokratie; immerhin bleibt das Anschwellen gerade der radikalen sozialdemokratischen Richtung in unserer Stadt ein trübes Kapitel, das beweist, daß die alte sozialdemokratische Richtung viel an Boden verloren hat. Diese Tatsache sollte doch der Führung dieser Partei zu denken geben, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die oft wenig geschickte Art, wie die alte sozialdemokratische Partei gerade hier in Leipzig in manchen wichtigen Fragen geleitet und vertreten wird, viel dazu beigetragen hat, den Zulauf zu den Unabhängigen zu stärken. Das ist bedauerlich, gerade im Hinblick auf die Treue, mit der die Mitglieder der Sozialdemokratie ihren vaterländischen Pflichten in diesem Kriege nachgekommen sind.“

Dieses Urteil ist bezeichnend! Wir aber rufen unseren Leipziger Parteifreunden ein kräftiges Bravo! zu.

Die Frauenbewegung in Südwestdeutschland

zu fördern, einen immer größeren Teil von proletarischen Frauen und Mädchen in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu erfassen, die vorhandenen Kräfte zu schulen und enger miteinander zu verbinden, um den Aufgaben der Zeit gerecht zu werden, diesem Zweck diente kürzlich auch eine Frauenkonferenz des Bezirks. Es war die erste Konferenz dieser Art, die von der Unabhängigen Sozialdem. Partei für den Bezirk veranstaltet wurde. Der Erfolg war gut. Trotz der schlechten Zugverbindungen, die die Frauen diverser Kreise abhielten, waren 48 Delegierte aus 10 Orten erschienen und zwar aus den acht Kreisen Frankfurt a. M., Höchst, Hanau, Wiesbaden, Offenbach, Wiesbaden, Mannheim und Ludwigshafen. Nachdem 5 Genossinnen mit der Leitung der Konferenz betraut, hielt zunächst Genossin Tony Sender aus Frankfurt a. M. ein Referat über „Die Stellung und Aufgaben der Frauen im Weltkrieg“. Einleitend einen Rückblick werfend auf die Ereignisse der letzten Jahre, zeichnete die Rednerin ab dann in kräftigen Strichen die gegenwärtige Situation. In großen Zügen hob das Referat hervor, wie die Frau das ganze Kriegselend bis zur Neige mit durchkosten muß, die zunehmende Erwerbsarbeit

der Frauen, ihre Rechtlosigkeit auf allen Gebieten, entgegen der Bedeutung und dem Einfluß, der ihnen im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zukommt. Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten, voran das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde sei die Forderung des Tages, die von den in der U. S. P. vereinigten Genossinnen mit allem Nachdruck propagiert werden muß. Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag wurde in der folgenden Aussprache recht wirkungsvoll ergänzt. Schilderten mehrere Genossinnen in markanten Zügen die Arbeit der Frau, im modernen Erwerbsleben — dies geschah im besonderen von einer Genossin aus Ludwigshafen, die den Arbeitsprozeß in den dortigen Anilinfabriken und der darin beschäftigten Frauen und Mädchen hervorhob —, so durchwehte gleichzeitig die Verhandlungen ein echter Kampfesgeist proletarischer Frauen. Ein Wille befeelte alle: Vorwärts! Das war auch das Leitmotiv des folgenden Tagesordnungspunktes, der sich mit der Förderung der Frauenbewegung im Bezirk beschäftigte und eine Reihe wertvoller Anregungen brachte, die in der praktischen Arbeit Verwendung finden müssen. Einmütig wurde den Leitfäden zugestimmt, die sich auf die Agitation und Organisationsarbeit beziehen. Diese nunmehr in die Praxis umzusetzen, ist die Pflicht der Genossinnen und Genossen allerorts. Es gilt, nicht nur die Frauen und Mädchen für die U. S. P. zu gewinnen, die in den ersten Kriegsjahren der „alten“ Parteiorganisation den Rücken kehrten, sondern unsere Verbearbeitung muß weitere Kreise erfassen. Der Bericht über den Stand der Frauenbewegung in den einzelnen Kreisen zeigte neben der noch zu leistenden Arbeit auch recht dankbare Erfolge, wo eine intensive Tätigkeit entfaltet wird. Eine zehntägige Agitationstour, die unlängst durch die Genossin Merkel aus Solingen im Bezirk erfolgte, brachte neben der Belebung unserer Bewegung auch eine ansehnliche Zahl neuer weiblicher Mitglieder, hatte guten Erfolg.

Inhalt und Haltung der Frauen-Beilage, die allen weiblichen Mitgliedern der U. S. P. im Bezirk an Stelle der „Gleichheit“ verabsolgt wird, fand auf der Frauenkonferenz volle Anerkennung.

Einmütig zugestimmt wurde einer Kundgebung, die allen Opfern des proletarischen Klassenkampfes, insbesondere der für ihr mutiges, selbstloses Auftreten zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilten Genossin B. Thälmer ihre vollste Sympathie ausspricht.

So gelangte die von bester Stimmung befeelte Konferenz zum Abschluß. Ihre Verhandlungen und Beschlüsse müssen in allen Kreisen ein förderndes Echo finden.

Aus der Bewegung.

Ein Regierungssozialist im Aufklärungsdienst. In Blankenburg im Harz fand am 1. Dezember eine von den Regierungssozialisten einberufene öffentliche Volksversammlung statt. In der Versammlungsausschreibung war ausdrücklich als zweiter Tagesordnungspunkt angegeben: Diskussion. Ein Herr Friedrich, Redakteur an dem den Braunschweiger Arbeitern entwendeten „Volksfreund“, referierte. Nach vor Schluß des Referates meldete sich ein Genosse unserer Partei zum Wort. Es wurde ihm, wie das bei den Versammlungen der Regierungssozialisten jetzt üblich ist, verweigert mit der Begründung, daß die Behörde Diskussion nicht zugelassen habe. Zum Erstaunen der Versammlung erhielt aber nach einer Pause trotz des behördlichen Verbotes ein Genosse das Wort, ohne daß die überwachende Polizei eingriff. Das Rätsel löst der Braunschweiger „Volksfreund“ in seinem Versammlungsbericht: „So mußte sich die Versammlung damit begnügen, daß nur noch der Gefreite Willi Hesse, als sächsischer Genosse, der in Blankenburg in Garnison liegt, eine kurze Ansprache an sie richten durfte. Das mag etwas eigenartig sein, aber Genosse Hesse ist für die von den Generalkommandos eingerichtete Aufklärungsarbeit tätig und hatte es ermöglicht, sich von der Kreisdirektion die besondere Erlaubnis zu erwirken, daß er das Wort nehmen durfte. Er ließ es sich besonders angelegen sein, der Einigkeit aller das Wort zu reden.“

Also: ein sächsischer Genosse — natürlich der Regierungssozialisten — steht in dem berühmten Aufklärungsdienst; während man unseren Genossen das Wort verweigert, darf er mit besonderer Erlaubnis der Kreisdirektion reden; er spricht im Interesse des kriegsministeriellen Aufklärungsdienstes, für die Einigkeit aller und die Regierungssozialisten nehmen in ihrer Volksversammlung die Mitwirkung des Aufklärungsdienstes mit Ruhm an und quittieren dem „Redner des Aufklärungsdienstes“ mit lebhaftem Beifall. Nennen wir diese Leute nicht mit Recht: Regierungssozialisten?

Aus Köln wird uns geschrieben: Endlich war es uns trotz vieler Schwierigkeiten möglich, eine öffentliche Versammlung am Sonntag, den 2. Dezember, abhalten zu können. Es hatten sich etwa siebenhundert Personen eingefunden. Genosse Eduard De. n. k. e. i. n sprach über den P a r l a m e n t a r i s m u s. In klaren Ausführungen schilderte er die Entwicklung des englischen Parlamentes und kennzeichnete dann zutreffend die in den Augen der Scheidemänner so „revolutio-

nären“ Vorgänge, die man bei uns Parlamentarismus nennt. Von einer wahren parlamentarischen Regierung seien wir leider noch sehr weit entfernt. Eines der stärksten Hemmnisse auf diesem Wege dazu sei die Inflations- und Blockpolitik der „Monarchosozialisten“, wie Bernstein die Mehrheitsler nannte, da sie doch überwiegend ihren Frieden mit der Monarchie geschlossen hätten. Er erinnerte sie an die wahrhaft klassischen Darlegungen Lassalles, die beste Politik sei, stets klar auszusprechen, was ist, und der größte Fehler, dem Volke Erfolge vorzutäuschen, die nicht vorhanden seien. Das gleiche Wahlrecht in Preußen sei zwar ein Fortschritt, aber man habe es erstens noch nicht, und ferner biete es, wie die Zustände im Reich zeigten, noch lange keine Gewähr für eine echte Volksherrschaft. Ergreifend wirkte es wohl auf alle Anwesenden, als Bernstein tief bewegt seine Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 den größten Fehler seines Lebens nannte. Er schloß mit einem begeisterten Ausruf zum Anschluß an und Kampf für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Die Kölner Nationalsozialisten waren wieder zu Hause geblieben und geradezu typisch für unsere politischen Zustände war es, daß in der Aussprache ihre Politik von einem bürgerlichen Demokraten verteidigt wurde. So muß es kommen! Diese Gelegenheit benutzte Bernstein, ausführlicher auf die Blockpolitik einzugehen und auf ihre geringen Ergebnisse und den unheilvollen Einfluß hinzuweisen, den sie auf die Stimmung und den Geist der Arbeiterklasse ausübe, das Proletariat spalte und daran hindere, eine wirkliche Volksregierung zu erringen. Auch über die Entstehung des Krieges und die Annexionspolitik sowohl der Regierung, wie auch der Reichstagsmehrheit und in ihr der Scheidemänner, wußte unser Genosse Treffendes zu sagen.

So nahm unsere Versammlung zum Verdruß der Kölner Nationalsozialisten einen ausgezeichneten Verlauf. Sie sitzen noch im Rahmen über ihren erdgründlichen Reinsfall bei der bürgerlichen Stadtverordnetenwahl. Deren Ergebnis zeigt ziemlich deutlich, daß die Sozialdemokratie diesmal bei einem energischen Kampf die dritte Wahlklasse hätte erobern können. Gegenüber den 5240 Stimmen der Sozialdemokratie bekam das Zentrum nur 3820, und bei dem nötig gewordenen zweiten Wahlgang erreichte es nur etwa 3100 Stimmen. So hätte die Kölner Arbeiterchaft in einem die Massen belebenden und aufrüttelnden Wahlkampf sich sieben Mandate erobern können, wenn es nicht so jämmerliche „Führer“ hätte. Durch die jahrelange „bürgerliche“ Politik verbürgerlicht, zogen sie es vor, sich durch einen elenden Aufhandel drei Sätze vom Bürgerium schenken zu lassen, als durch einen scharfen Klassenkampf um die politische Macht im Kölner Rathaus sieben Mandate zu erobern. Und der Preis, den die Kölner Arbeiter für diesen Handel zahlen, ist ihre „loyale“ und bürgerliche Ruhe, für die ihre Führer bürgen. Die Meerfeld, Sollmann und Haas haben die Seele der Kölner Sozialdemokratie für ein Einseitigkeit verkauft. Aber ihre Haltung ist bezeichnend für die ganze Politik der Nationalsozialisten im Reich. Sie begnügen sich mit kleinen Geschenken und verzichten auf einen wirklichen Kampf, Aufstieg und Sieg des Proletariats.

In Münster nahmen unsere Genossen kürzlich Stellung zu den politischen Ereignissen der letzten Zeit. Genosse Kurt Eisner referierte in einer von 300 Personen besuchten geschlossenen Vereinsversammlung über die schwebenden Fragen. Die Versammlungsteilnehmer, die zum größten Teil aus Arbeitern bestanden, spürten wieder den Geist der alten Internationalen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß zwar langsam aber sicher die Loslösung der Arbeiter von den verwirrenden Gedankengängen der nationalen Ideologie sich vollzieht.

Genosse Winkler, Arnstadt i. Thüringen, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Winkler — von Beruf Kaufmann — hatte eine größere Farben- und Lackfabrik inne. Seit mehr als 40 Jahren hing Winkler unserer Partei in stiller Weise an und förderte sie finanziell nach jeder Richtung hin. Den Armen und Bedrängten war er stets hilfsbereit. Der alte Liebknecht vertehrte ständig im Hause Winkler. Als der „Vorwärts“ den Berliner Genossen geraubt wurde, verbannte er sofort das Blatt aus seinem Hause. Nach Gotha schloß sich Winkler der U. S. P. D. an. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

Der Lichtenberger Stadtverordnete Köffel ist in einem rumänischen Gefangenenlager gestorben.

Brig. Die Beisetzung unseres gefallenen Genossen Willi Beuthmann findet am Dienstag, den 18. Dez., nachm. 1/3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofs Brig, Chausseestraße aus statt.

Quittung.

Für den Pressefonds. Ueberschuß von der Kranzspende für Artur Stadthagen von den Autogenwerken, Blücherstr., 55 Mk.

Für die U. S. P. von H. Worm durch Nehmisch 8. Abteilung, 6. Kr. 4 Mk. — Geldgrauer 3. O. 8 Mk.

Sechster Wahlkreis. Für den Pressefonds: Ueberschuß vom Mitteilungsblatt der 13. Abteilung für Oktober 27 Mk.; Ueberschuß der 21. Abteilung für Vertrieb des Mitteilungsblattes 25 Mk.; Ueberschuß vom Mitteilungsblatt der 13. Abteilung für November 23 Mk.; Kranzueberschuß der Bezirke 740 und 50 der 16. Abteilung 10,50 Mk. Summa 85,50 Mk.

Für Parteizwecke: Ueberschuß der Kranzspende Gosel, für drahtlose Telegraphie, Abt. Deutsch 31,50 Mk.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 16-18.